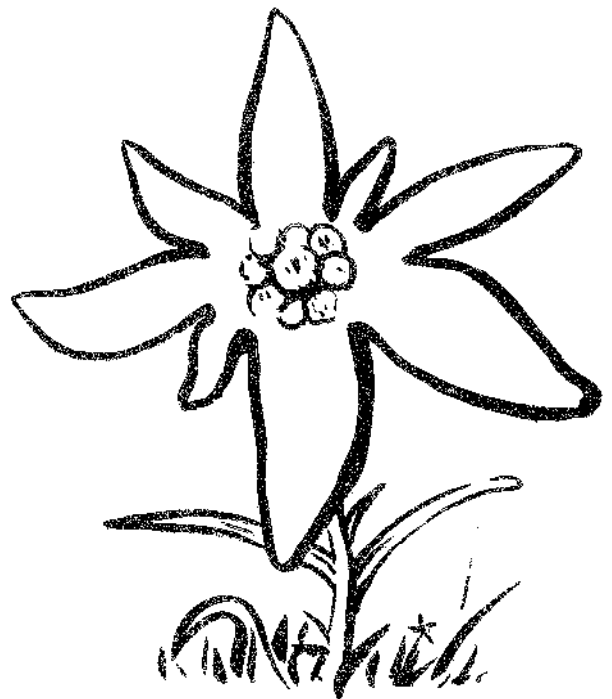
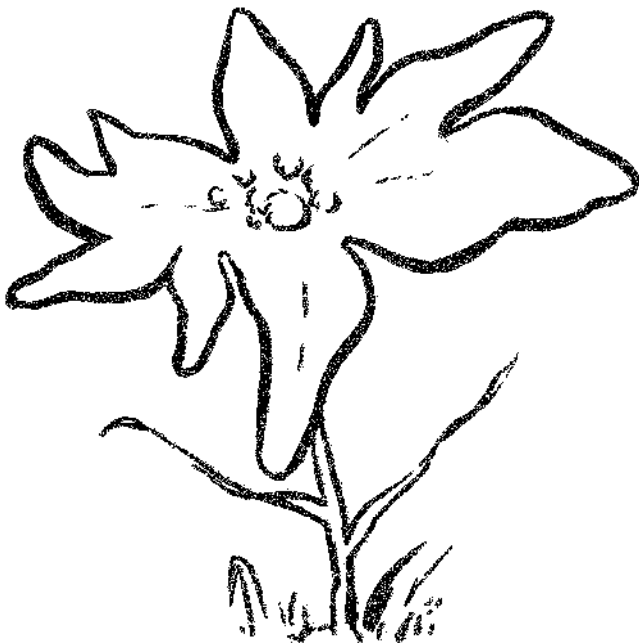


# skolast

der fahrende skolast - zeitschrift der südtiroler hochschüler - februar 1978 - 23. jahrgang

nummer 1



## INHALT

- 1 Wirtschaftliche Macht und ideologische Absicherung  
*Arno Teutsch*
  - 4 Machtinstrument Presse  
*Gerhard Becker-Gelf*
  - 7 SKOLAST-Gespräch mit Dr. Erich Achmüller  
*Guido Denicolò / Klaus Menapace*
  - 10 Der Autonome Südtiroler Gewerkschaftsbund  
*Klaus Brunner*
  - 12 Von Lokalen und Institutionen  
*Blabbermouth*
  - 13 Am toten Punkt  
*Wolfgang Raffener*
  - 14 Dilettantismus im Deutschunterricht  
*Elisabeth Höglinger*
  - 17 Zum „Fail Angerer“  
*Südtiroler Studenten in Padua*
  - 18 Das „Studium irregulare“  
*Der Vorstand der SH*
  - 19 Minderheit und Demokratie in der SH  
*Robert Hochgruber*
  - 20 Verehrte Redaktion  
*Georg Fulterer*
- Promotionen

## Die Spalte der Pressereferenten

Diese Nummer des SKOLAST erscheint zum Thema: „Institutionelle und institutionalisierte Macht in Südtirol“. Es wurde bekanntlich bereits in der letzten Ausgabe angekündigt. Dazu sind uns Artikel von Arno Teutsch, Gerhard Becker, Klaus Brunner sowie eine Glosse zugegangen, deren Autor der Redaktion bekannt ist. Zum gleichen Rahmenthema wurde von uns auch ein Interview mit Dr. Erich Achmüller geführt. Hier gilt nun das gleiche wie für das Problem „Kirche in Südtirol“: mit dieser Nummer des SKOLAST ist der genannte Problembereich erst einmal aufgerissen worden, — weitere Beiträge hierüber sind deshalb willkommen.

Auch der Beitrag von Dr. Elisabeth Höglinger wird in dieser Nummer fortgesetzt. Es handelt sich um eine Auseinandersetzung mit dem Deutschunterricht, deren erster Teil in der Ausgabe vom Juni 1977 zu finden ist.

Für die nächste Nummer (Redaktionsschluss ist am 1. März 1977) haben wir uns folgendes Rahmenthema ausgedacht: „Schule in Südtirol“. Das Thema umfaßt das gesamte Schul- und Ausbildungssystem, vom Kindergarten bis zur Universität, betrifft den Landesschulrat genauso wie die Schulbuchverordnung oder die Schulfürsorge.

Guido Denicolò  
Klaus Menapace

### Inge Gualtieri

39012 Meran, Manzonistraße 11  
Tel. (0473) 3 33 11 Büro  
Tel. (0473) 2 31 10 Priv.

übernimmt Reinschrift, Einband und Druck von Doktorarbeiten. Pünktliche und formschöne Ausführung.

Mehrere Schriftbilder, Farbbänder und Farbmuster stehen zur Auswahl.

### Mitarbeiter dieser Nummer:

Dr. Erich ACHMÜLLER  
39100 Bozen, Nicolodistraße 29

Gerhard BECKER-GELF  
39100 Bozen, Silbergasse 23

Klaus BRUNNER  
39100 Bozen, Ritterstraße 25

Guido DENICOLÒ  
35100 Padua, Via Negrelli 8

Georg FULTERER  
39050 Völs, Prösisried 2

Robert HOCHGRUBER  
39030 Luttach/Ahrntal, Nr. 44

Elisabeth HÖGLINGER  
39046 St. Ulrich, Stufanweg 5

Klaus MENAPACE  
39040 Tramin, Rathausplatz 6

Wolfgang RAFFEINER  
39057 Eppan, Maria-Rast-Weg

Arno TEUTSCH  
39055 Leifers, Dantestraße 19

# Macht in Südtirol

Arno Teutsch

## Wirtschaftliche Macht und ideologische Absicherung

Vorausgeschickt wird, daß eine Analyse dieser Themenbereiche einen viel größeren Raum einnehmen müßte als es in diesen paar Seiten möglich ist. Trotzdem will ich versuchen, so klar wie nur möglich einen analytischen Ansatz zu schaffen, der dazu dienen soll, einzelne Teilbereiche in einem erweiterten Rahmen zu analysieren; das heißt jeden Teilbereich von vornherein unter Einbeziehung des jeweiligen Gesamtzusammenhanges, in dem er auch real existiert, zu untersuchen.

Durch das Autonomiestatut und durch das „Paket“ sind der Provinz soviel Machtbereiche zugefallen, daß man ohne größere Schwierigkeiten Analysen, welche sich auf den Staat und die Staatsgewalt beziehen, auch auf die Südtiroler Verhältnisse übertragen kann.

Deshalb ist eine Analyse des „Paketes“ und des Autonomiestatutes eine Voraussetzung für das Verständnis der derzeitigen Situation, zumal diese der Provinz eine Reihe von Machtbereichen geben, welche Südtirol immer mehr aus dem gesamtstaatlichen Geschehen ausklammern und zum „Staat im Staate“ machen.

Würden so einerseits durch das „Paket“ die Voraussetzungen geschaffen, für eine reibungslose Eingliederung Südtirols in eine breite kapitalistische Programmierung (sowohl auf gesamtstaatlicher wie auch auf EWG-Ebene), wurde andererseits dafür dem lokalen Bürgertum ein bestimmtes Mitsprache- und Vetorecht eingeräumt. Zugleich wurde der Provinz die Macht gegeben, jene Kapitalfraktionen zu unterstützen, welche nach Ansicht der herrschenden politischen Kreise ein längerfristiges Überleben des Systems garantieren.

Das „Paket“ ist, obwohl unter dem Vorwand des „Schutzes der Minderheit“ geschaffen, in erster Linie ein Instrument des lokalen Bürgertums, um seine Macht aufrechtzuerhalten, seine Vormachtstellung gegenüber der arbeitenden Bevölkerung, die von jeder Selbstgestaltung in der Autonomie ausgeklammert bleibt, zu sichern, und um sich sowohl gegenüber Veränderungen auf gesamtstaatlicher Ebene als auch gegenüber den Expansionsbestrebungen des nationalen und internationalen Kapitals abzusichern.

Das „Paket“ ist so insgesamt als Ergebnis eines Handels zwischen den Südtiroler Vertretern des Bürgertums und den gesamtstaatlichen Kapitalinteressen zu betrachten, wobei die Frage des Schutzes der Minderheit nur ein Vorwand war, um bestimmte Klasseninteressen abzusichern; denn es erschwerte, dies ist in der Zwischenzeit schon allzu deutlich geworden, eine Stärkung der gesellschaftlichen Macht der Werktätigen.

Der ethnische Konflikt wird durch das „Paket“ nur soweit beseitigt, daß alle für das „moderne“ Kapital unproduktiven Konflikte beseitigt werden, daß aber immer noch genügend ethnischer Konflikstoff bleibt, um bei Bedarf der Führungsschicht eine politische Legitimation zu geben, die sie rein von der politischen und fachlichen Qualifikation her nicht hätte.

Durch das „Paket“ erhält die Provinz einen neuen Machtzuwachs für die Organisation gesamtgesellschaftlicher Zusammenhänge, das heißt in der Organisation der Klassenverhältnisse und der Kapitalverwertung; diesbezügliche Aufgaben und Rollen des Zentralstaates gehen zum Teil an die Provinz über. Dies vor allem durch die Möglichkeit der Gesetzgebung in verschiedenen Bereichen. Zwar sind gesetzliche Regelungen, in ihrer Normativität betrachtet, bloße ideologische Erscheinungen, darüber besteht kein Zweifel. Gesetze können aber ihre eigene Formbestimmtheit der Normativität überschreiten. Sie führen nicht nur eine normative Existenz am Rande tatsächlicher Vorgänge, sondern sie greifen gerade als Zwangsgesetze, das heißt als materielle Gewalt in die Wirklichkeit ein und verändern sie.<sup>1)</sup>

Diese Gesetze greifen einmal, wie schon oben erwähnt, in den Prozeß der Kapitalverwertung ein, wobei je nach der politischen Machtkonstellation innerhalb der Landesregierung mal die eine und mal die andere Kapitalfraktion unterstützt wird, Infrastrukturen geschaffen und Subventionen gewährt werden. Zum anderen hat die Provinz eine Reihe von Gesetzgebungsmöglichkeiten erhalten, um die Reproduktion der Arbeitskraft zu koordinieren und zu regeln. Einerseits wirken sich diese gesetzlichen Regelungen im Bereich der Ausbildung der

Arbeitskraft aus und in der Regelung der äußeren Reproduktionsbedingungen, und andererseits greift die Provinz direkt in den Prozeß der Disziplinierung der Arbeitskraft ein (ein Aspekt auf den zu einem späteren Zeitpunkt eingegangen wird).

Außerlich sind diese Entscheidungen und Regelungen zwar „dem Wille der Allgemeinheit“ bestimmt, sie liegen aber in Wirklichkeit vor allem im Interesse der Kapitalreproduktion.

Auf diesen Punkt möchte ich besonders eingehen: dem Kapital — und das ist in Wirklichkeit keine mystische Gesamtgröße, sondern immer ein bestimmtes Unternehmen — kommt es in erster Linie darauf an, daß gegen den gezahlten Lohn der einzelne und vereinzelt Arbeiter pünktlich und gesund das Fabriktor passiert und sich an die Arbeitsstelle begibt oder daß die Kellnerin lägisch auch 17 Stunden lang schön lieb zu den Gästen ist. Was sich außerhalb des unmittelbaren Tausch- und Ausbeutungsverhältnisses ereignet: Essen, Trinken, Familienleben, Schulbesuch der Kinder, Bumsen, Wohnen, gehören nicht mehr dem Bereich der Produktion an und fallen als Reproduktion der Arbeitskraft in den organisatorischen Bereich des Staates (in unserem Falle der Provinz).

Diese Reproduktion der Arbeitskräfte besteht nicht nur in einer Schulbildung, die dem Jugendlichen das nötige Wissen für den Arbeitsprozeß vermitteln soll, sondern auch in einer allgemeinen Vermittlung von Werten, Moralvorstellungen, eines politischen (Un-)Bewußtseins, welche das gegebene System nicht in Frage stellen; das heißt die Arbeitskraft muß nicht nur qualitativ reproduziert werden, sondern sie muß gleichzeitig lernen, sich den Spielregeln der herrschenden Ideologie zu unterwerfen, daß die Eingliederung in das Produktionssystem reibungslos von sich geht. Für diese Eingliederung sorgen die sogenannten ideologischen Staatsapparate bzw. Subsysteme der Normierung, so Familie, Schule, Kirche, Informationssektor ... welche den einzelnen von der Wiege bis zum Grabe begleiten.

Zweifellos hat die Provinz durch die Autonomie verstärkte Befugnisse erhalten, um diesen Reproduktionsprozeß zu regeln und „störende Einflüsse aus dem Süden“ fernzuhalten. So werden Demokratisierungstendenzen, welche sich auf gesamtstaatlicher Ebene in einzelnen Bereichen des gesellschaftlichen Überbaus ergeben, durch die Autonomiebestimmungen aufgehalten: diesbezüglich könnte man unzählige Beispiele aus der Gesetzgebung der Provinz zitieren.

Die organisatorische und politische Schwäche der Arbeiterbewegung wirkt sich auch in diesen Bereichen aus; während so in anderen Ländern innerhalb der ideologischen Subsysteme z. B. im Sektor Schule, Kultur Veränderungen im Gange sind, welche den Kapitalsinteressen zuwider laufen, ist man in Südtirol noch ziemlich weit davon entfernt, denn alle ideologischen Apparate liegen fest in den Händen der konservativen bürgerlichen Kräfte.

Wie äußern sich nun konkret die Eingriffe der Provinz im Bereich der Reproduktion der Arbeitskraft?

Die Gesetzgebung beschränkt sich darauf, die äußeren Bedingungen dieser Reproduktion zu regeln; die eigentlichen Träger der ideologischen Apparate sind aber „private“ Vereinigungen, welche für ihre Tätigkeit von der Provinz subventioniert werden. Damit entfällt für die Provinzialregierung die Notwendigkeit einer politischen Rechtfertigung im Landtag und zugleich übt sie trotzdem durch eine willkürliche Subventionspolitik eine wirkungsvolle Kontrolle über diese Vereine aus, die damit trotz ihres „privaten“ Charakters eine öffentliche Funktion der Systemstabilisierung im Interesse der herrschenden Schichten erfüllen.

Bevor auf die einzelnen ideologischen Staatsapparate bzw. auf diese Subsysteme der Normierung eingegangen wird, müssen noch zwei Aspekte präzisiert werden:

— zwischen den einzelnen Trägern dieser Subsysteme der Normierung können durchaus bestimmte Divergenzen bestehen, was zum Teil auch damit zusammenhängt, daß sie an verschiedene Kapitalsfraktionen gebunden sind — dies ändert jedoch nichts an ihrer objektiven Funktion der Systemstabilisierung und der Integrationswirkung auf den einzelnen;

— diese ideologischen Apparate haben zumeist eine vorwiegend ideologische Funktion, doch haben sie auch einen mehr oder minder offenen repressiven Charakter (für in Südtirol besondere Bedeutung gewinnt, da der Provinz die Möglichkeit fehlt, eigene repressive Apparate — Polizei, Gericht — einzusetzen) so z. B. „erziehen“ Schule, Kirche und Familie durch Strafen, Selektion usw., die Informationssysteme durch Zensuren, die kulturellen Apparate durch die Isolation des Abweichenden im Dorfe...

In der Folge soll nun auf die einzelnen ideologischen Subsysteme eingegangen werden, wobei vorausgeschickt

werden muß, daß aus Platzmangel nur eine allgemeine Skizzierung der wichtigsten Subsysteme erfolgen kann.

### Subsystem der Familie

Die Bedeutung der Familie im bürgerlich-autoritären Staat zur Sicherung der Herrschaft, zur Stabilisierung des Systems und zur Perpetuierung der gegenwärtig herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse ist von der progressiven Familiensoziologie unterstrichen worden. Daß die Südtiroler Familie in besonderem Maße Dispositionen zu entfremdeter Arbeit und autoritäre Psychostrukturen schafft, und dazu beiträgt, das Prinzip der Klassengesellschaft verstärkt zu verinnerlichen, hat eine kürzlich abgeschlossene Untersuchung ergeben.<sup>2)</sup>

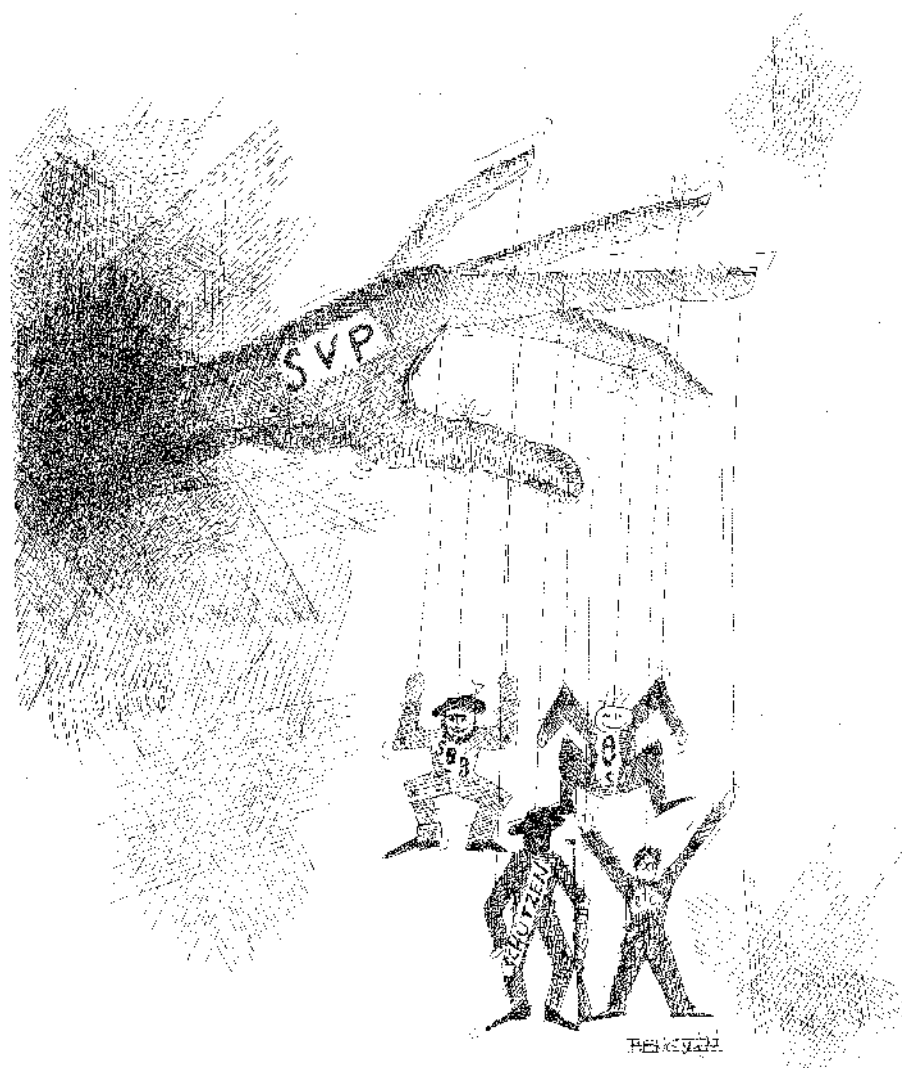
Unter diesen Voraussetzungen gewinnt die Familienpolitik in Südtirol eine besondere politische Bedeutung zur Herrschaftssicherung. So haben mehr oder weniger alle führenden Politiker Südtirols die Familie als Bollwerk gegen politische Veränderungen bezeichnet. Sehr klar war dabei sicherlich Abg. Dr. Hans Benedikt in seinem Leitartikel in der „Familie in Südtirol“:<sup>3)</sup>

„... die Familie hat in unserem freiheitlich-demokratischen Gesellschaftssystem unersetzbare Aufgaben. Weil sie gefährdet, bereitet unbewußt oder routinewillig jenem bürokratischen Staatstotalitarismus den Weg, der zu jener Gleichmacheri und Diktatur führt, in der Begriffe wie persönliche Verantwortung, Bejahung der Arbeit und der Leistung, selbständiges Urteil... und anderes mehr nur klein geschrieben werden... Eine Offensive für die Familienpolitik (...) bedeutet deshalb auch eine Offensive gegen jene Kräfte, welche unsere Gesellschaftsordnung untergraben und zerstören wollen (...). Deshalb ist die Familienpolitik... wohl das wichtigste, aktuellste und modernste Grundziel unserer Zeit (...).“

Die Familienpolitik wird, wie übrigens auch die anderen ideologischen Subsysteme, in den Dienst des Kampfes gegen jede gesellschaftliche Veränderung gestellt. Es darf daher nicht verwundern, wenn in diesem Bereich ausschließlich der Katholische Familienverband und die Ehe- und Erziehungsberatung von der Provinz gefördert und finanziert werden.

### Subsystem der Schule

Auf diesem Bereich möchte ich in diesem Zusammenhang weniger eingehen, weil schon einige Analysen darüber vorhanden sind; ein Aspekt soll aber an dieser Stelle nochmals unterstrichen werden: die Kompetenzen, welche die Provinz durch die Autonomie in diesem Sektor erhalten hat, werden dazu benützt, fortschrittliche Entwicklungen zu verhindern und dafür wirklichkeitsfremde, dafür ideolo-



gisch wichtige archaische Zustände (siehe Religionsstunden) aufrechtzuerhalten. So war z. B. auf Einwirken der SVP Parlamentarier im Andreotti-Entwurf zur Abänderung des Konkordates vorgeschrieben, daß in Südtirol im Gegensatz zu den anderen Provinzen der Religionsunterricht obligatorisch bleiben sollte...

### Subsystem der Kirche

Auf die ideologische Macht der Kirche in Südtirol braucht hier nicht besonders eingegangen zu werden, da diese auch in ihrem Umfang nicht oder weniger allgemein bekannt ist; alternative Konzepte werden emarginiert (z. B. Arbeiterpriester — siehe Skolast Dez. 1977) oder wie z. B. die Brautleutetagenungen in ihrer neuen Form, dazu benützt werden, wirkungsvoller und „moderner“ zu integrieren.

Die Kirche war und ist immer noch im Dienste des Kapitals, auch wenn sich ihre Sprache zum Teil verändert hat; doch gilt der Grundsatz immer noch, der 1960 in einer Broschüre der Diözese zum Ausdruck gekommen ist: „... die Knechte und Mägde sind ihren Herren Ehrfurcht und Gehorsam schuldig... Dienstboten sündigen, wenn sie ihre Arbeit schlecht verrichten... wenn die Dienstgeber ihre Pflicht versäumen, gibt das noch kein Recht, das Gleiche zu tun.“<sup>4)</sup>

### Subsystem der Kultur

Haben die bisher erwähnten ideologischen Apparate vor allem ihre Funktion in der Sozialisierung der Heranwachsenden, so liegen die Hauptaufgabenbereiche der ideologischen Kultur- und Informationsapparate darin, die Erwachsenen unter Kontrolle zu halten und zu integrieren. Dabei kommt vor allem dem Kultur- und Freizeitsektor eine besondere Bedeutung zu, da seine Trägerorganisationen (die einzelnen Vereine) die einzige Möglichkeit bieten, vom Dorfleben nicht ausgeschlossen zu werden. So haben denn auch diese Vereine, Musikkapellen, Schützen, Theatervereine, Sportvereine usw. die nötige finanzielle Unterstützung des Landes, wenn sie sich systemkonform verhalten; denn diese Vereine haben eine besondere politische Funktion in der organisatorischen Durchdringung, ideologischen Beeinflussung und politischen Lenkung der gesamten Gesellschaft, hauptsächlich bei Wahlen; sie dienen der Kontrolle der Massen und tragen dazu bei, die Opposition zu isolieren und schließlich geben sie dem bestehenden Gesellschaftssystem eine Massbasis. So wird es leicht verständlich, daß viele Unternehmer in den Tälern diesen Vereinen hohe Spenden geben, um sich dadurch die Solidarität und Frieden der Arbeiter zu erkauft. (Besonders interessant ist diesbezüglich die Rede des Sparkassenpräsidenten Dr. Josef Brandstätter, anlässlich

der Welte der Fahne der Sarntaler Schützen, am 21. Juli 1977 in Sarntal (he))

### Gewerkschaftliches Subsystem

(Dabei will ich bewußt die gesamtstaatliche Gewerkschaften ausklammern, weil diese einer eigenen Analyse unterzogen werden müßten).

Innerhalb dieses Subsystems soll besonders auf den ASGB einerseits und auf die ArbN in der SVP andererseits eingegangen werden. Beide Organisationen liefern deutlich den Beweis dafür, wie das Bürgertum ideologische Subsysteme stützt und aufbaut, wenn die bestehenden nur eine ungenügende Integrationswirkung ausstrahlen. Beide Organisationen sind erst zu dem Zeitpunkt aufgebaut (bzw. aufgewertet) worden, in dem immer mehr deutschsprachige Südtiroler Arbeiter sich an gesamtstaatliche Gewerkschaften gewandt haben und die SVP die Gefährdung erkannt hat, ihren Charakter als Sammelpartei und damit einen Stützpfiler ihrer Macht zu verlieren.

Zwar war (und ist) es dem Kapital grundsätzlich lieber, überhaupt keine Gewerkschaft in den einzelnen Betrieben zu haben, doch im Moment einer konkreten Bedrohung durch klassenkämpferische Gewerkschaften, werden solche Gewerkschaften wie der ASGB, ein notwendiges Mittel um einen Ableiter für soziale Konflikte am Arbeitsplatz zu haben und um gesellschaftliche Machtverhältnisse nicht in Frage zu stellen. Deshalb ist es nicht verwunderlich, daß in vielen Betrieben der ASGB direkt von der Betriebsleitung aufgebaut worden ist.

Nachdem der ASGB durch seinen Grundsatz der „Sozialpartnerschaft“ und des „sozialen Friedens“ dazu beitragen kann, Klassenauseinandersetzungen zu verhindern und zu kanalisieren, wird seine Präsenz zu einer Notwendigkeit zur Absicherung des politischen Systems und für ein Weiterleben des Konzeptes der völkischen Gemeinschaft, auf die sich die politische Macht zum Großteil stützt.

Diese Integrationswirkung, die auf gewerkschaftlicher Ebene der ASGB ausstrahlen soll, sollten auf parteipolitischer Ebene die Vertreter der ArbN in der SVP gewährleisten. Gerade in dem Moment des Stimmenzuwachses für gesamtstaatliche linke Parteien soll diese Organisation, vor allem in Hinblick auf kommende Wahlen, einen weiteren Abfluß von Arbeiterstimmen an diese Parteien verhindern und zumindest einige SPS-Wähler wieder zurückgerufen werden.

Deshalb erhalten ASGB und ArbN innerhalb der Partei einen immer größeren formellen Spielraum. Wahrscheinlich ist das auch das neue politische Konzept, welches aus der antikomunistischen SVP-Klausurtagung in Neustift hervorgegangen ist. Die reale Machtlosigkeit der ArbN inner-

halb der SVP ist im Falle der Debatte über die Grundenteignungen im Landtag besonders deutlich geworden.

Alle diese aufgezeigten ideologischen Apparate arbeiten, wie schon erwähnt worden ist, darauf hin, den Arbeiter (oder zukünftigen Arbeiter) so zu modellieren, daß er seinem „Arbeitgeber“ so viel Profite wie nur möglich bringt. Nicht umsonst ist die Produktivität in Südtirols Betrieben trotz eines niederen technologischen Standards höher als anderswo.

Auch in diesem Falle wird es deutlich, daß Südtirols Autonomie, vor allem eine Autonomie des Bürgertums ist, welche es bisher ermöglicht hat, besser und wirkungsvoller auszubilden, für welche man aber immer wieder ein neues Signumskron fordert. Fragt sich nur: für was noch?

1) Johannes Agnoli: Überlegungen zum bürgerlichen Staat — Wagenbach

2) Bellago Ingrid — Deutsch Arno: La famiglia in Sudtirolo — analisi critica della sua funzione ideologica al Pinerone del gruppo etnico tedesco. Diss. Trient

3) Organ des Katholischen Familienverbandes Südtirols — Nr. 11/1977

4) Christliche Familie — Rettung des Volkes Diözese Trient-Brixen 1960. Siehe u. a. Adolf Werich: Lieben aber richtig; und Josef Baur: Seelsorge am Braut und Eheleben.

### Druckfehler?

„Paket hin und her: wo bleibt unsere Rechte, wenn nicht eine starke Volkspartei sie in einem täglichen politischen Ringen zu vertreten in der Lage wäre?“

(Pahl — Profil 3)

(Err. Corr.: richtig muß es — natürlich — heißen: „... wo bleiben unsere Rechte...“)

### Sammelpartei?

„Meines Wissens gibt es keine Partei, in der es nicht Mitglieder gibt, die man sowohl links als auch rechts und in der Mitte liegenden Parteigruppen ... zuordnen könnte.“

(„Wo steht die PDU“ — Der Pfeil 12/77)

### Hoch auf dem ...

„Die Machenschaften in den Niederungen, das Hausieren mit der Wahrheit und vieles andere wollen wir weiter etwas veränderten Gesichtspunkt, wie von einem Berggipfel aus, betrachten...“

(Hans Wielander — Arunda 1/76)

## Machtinstrument Presse

Über den Autor

als Sohn einer Südtirolerin und eines Vaters aus Deutschland, dort bis zur Matura in Köln die Schulen besucht, von klein auf in engem Kontakt zu Südtirol und mit dessen vielschichtigen Problemen konfrontiert und vertraut, seit 15 Jahren in meran wohnhaft, studien an den Universitäten Innsbruck, Graz und Frankfurt/Main: Sprachen, Kunstgeschichte, Literatur, Philosophie, Soziologie, Recht, Statistik, Naturwissenschaften, erster Kontakt mit dem Journalismus in Graz als ständiger Korrespondent für „die Bühne“ (Kritik über alle erstausführungen am Schauspielhaus), Mitarbeit beim „Programm“, Lokalberichte für die „Kleine Zeitung“, journalistische Ausbildung in Frankfurt/Main, dort Redakteur der „Hessensseite“ (Landespolitik) und Mitarbeit in der Zentralredaktion bei der „Frankfurter neuen Presse“ (Auflage: 250.000 täglich), ein Jahr verantwortlich für die ersten Seiten („Politik“) bei den „Dolomiten“, anschließend weitere drei Jahre ebendort verantwortlich für die „Beilage-Redaktion“, Kündigung wegen Einschränkung des Tätigkeitsfeldes und „mit der berufswürde unvereinbaren verhalten“ seitens des Chefredakteurs und Herausgebers, Dr. Toni Ebner, seitdem freiberufliche journalistische Tätigkeit für den deutschsprachigen Rundfunk (Freisender Bozen), für die „Arunda“, sowie verschiedene In- und ausländische Tages-, Wochenzeitungen und Publikationen, Ende 1977 Eröffnung des journalistischen Büros „Publi Press“ in Bozen.

Die sogenannte „Öffentliche Meinung“ in Südtirol, das heißt der Hauptteil der meinungsbildenden Veröffentlichungen in gedruckter Form, untersteht einem Monopol. Träger dieses Meinungsmonopols ist die Verlagsanstalt „Athesia“. Sie publiziert die einzige deutschsprachige Tageszeitung DOLOMITEN und die Wochenzeitung „Volksbote“ (Organ der Südtiroler Volkspartei).

Weitere „Athesia“-Blätter sind: „Die Frau“ (14-tägig), die „Jugendwacht“ (monatlich) sowie „Der Schlerm“ (monatlich). Außerdem werden das „Katholische Sonntagsblatt“ (wöchentlich) und „Der Landwirt“ (14-tägig) bei „Athesia“ hergestellt sowie einige andere unbedeutende Veröffentlichungen.

Zu diesem Verlag gehören außerdem acht Buch- und Papierhandlungen in Bozen (3), Bräun, Bruneck, Meran, Schlanders und Sterzing sowie zwei Druckereien in Bozen und Bräun. Abgesehen von privaten Druckaufträgen werden in den grafischen Betrieben der „Athesia“ verschiedenste Ver-

öffentlichungen der öffentlichen Verwaltung, ein Großteil der Schulbücher, Kalender und (für verschiedenste Verlagsanstalten, z. B. Stortl, Langen-Müller) Bücher in italienischer Sprache gedruckt.

Als Auftragswerke des Südtiroler Kultur-Instituts erschienen bisher zwei kleine Bändchen von Heimatdichtern (Innerhofer und Rabensteiner). Außerdem sind Farbblöcke über Südtirol das große Geschäft (mit den Touristen).

Die „Athesia“ besteht in Form einer GmbH mit einer Großzahl von Anteilseignern, die in ihrer Mehrheit angeblich zum Stand der katholischen Priester gehören sowie einer Reihe von reichen Südtiroler Familien. Das Statut sieht vor, daß keine Einzelperson mehr als fünf Prozent der Anteile auf sich vereinigen kann. Die Anteile sind nicht im freien Handel erhältlich, sondern werden eventuellen Käufen nur nach Vorstandsbescheid „zugestellt“.

Die „Athesia“ ist aus der „Tyrolia“ und diese aus dem „Katholischen Presse-Verein“ Österreichs hervorgegangen. Lange Jahre wurde sie von dem katholischen Priester, Kanonikus Michael Gamper, beherrscht. Dessen Machtposition als Verlagsleiter und Chefredakteur der wichtigsten „Athesia“-Produkte (DOLOMITEN, „Volksbote“, „Die Frau“) sind nach seinem Tod nun seit langen Jahren auf den ehemaligen, langjährigen Parlamentsabgeordneten (4 Legislaturperioden) und kurzzeitigen (von Magnago entthronten) SVP-Obmann Dr. Toni Ebner, übergegangen, was insofern nicht von ungefähr kommt, als er sich mit Martha Fies verheiratet hat, die zu Zeiten (als Tochter einer Gamper-Schwester) des Kanonikus langjährige persönliche Sekretärin war. Insofern wird auch heute die „Athesia“ als Ebnerscher „Erbhof“ betrachtet, als nämlich bereits Ebners zweitältester Sohn Michael in die DOLOMITEN als Redakteur eingeschleust werden konnte, wo er heute in der Lokalredaktion tonangebend sitzt.

In politischen Kreisen Südtirols nimmt man stark an, daß Ebnersohn Michael nun in ähnlicher Weise – mit Hilfe der Meinungsmacht der DOLOMITEN – ins römische Parlament lanciert werden soll, wie seinerzeit der angeheiratete Kanonikus-Gamper-Neffe Toni. Zur Abrundung muß noch ergänzt werden, daß Frau Ebner (in Parallelität zur Tätigkeit von „Landesmutter“ Sofia Magnago bei Rundfunk und Fernsehen der RAI) die „Athesia“-Zeitschrift „Die Frau“ gestaltet.

Soweit die „Personal-Politik“ bei der „Athesia“, deren konkrete Macht angeblich durch Erbschaft und Ankauf entsprechender Aktienpakete der Familienmitglieder Ebner-Gamper-Fies und deren Beziehungen zum Klerus und der SVP ebenso abgesichert wurde wie durch die Teutonen-Treue bestimmter „Athesia“-Aktionäre, die seit Jahren ohne weitere Hinzuschauen, dem Ebner-Clan ihr Votum abgetreten haben. Wie sich die Ebnersche Firmen- und Personal-Politik im Inneren des Unternehmens auswirkt, soll später noch behandelt werden.

Es wurde bereits anfänglich darauf hingewiesen, daß in Südtirol das Meinungsmonopol über die deutsche Sprachgruppe – und dies besonders in den kleineren Gemeinden und auf dem Land – vor allem durch die einzige deutschsprachige Tageszeitung, die DOLOMITEN, beherrscht und ausgeübt wird. Daher soll dieses „Athesia“-Produkt hier näher untersucht werden:

Die DOLOMITEN hat ihren Verlagsort in Bozen und wird in der Industriezone hergestellt, wo – weitab vom täglichen Geschehen der Landeshauptstadt – dieses „Tagblatt der Südtiroler“ (wie es im Untertitel heißt) auch seine wenigen Redakteure sitzen hat.

Einer von ihnen (Hartmut Staffler) gestaltet die ersten beiden „Politik“ genannten Seiten. Das heißt, er wählt dazu aus der nahezu einzigen Quelle, der bundesdeutschen Nachrichtenagentur – dpa (Deutsche Presse-Agentur, Sitz Hamburg) Artikel aus, die dann (meist mit unverändertem Wortlaut) in die Zeitung übernommen werden. Das hat erstens die Wirkung, daß fast alle weitpolitischen Ereignisse – aber auch die wenigen der italienischen Innenpolitik – in den DOLOMITEN aus bundesdeutscher Sicht wiedergegeben werden, was außerdem den Eindruck erweckt (was Ebner bewußt pflegt), als wenn man in Südtirol irgendwo, aber keineswegs in Italien, leben würde. Die weiterhin bei den DOLOMITEN angeschlossenen Agenturen: – APA – (aus Österreich) und die italienische Nachrichtenagentur – ANSA – werden fast gar nicht – oder nur für die Sportredaktion – auswertet. Ein Redakteur alleine für die „Politik“ wäre damit ja überfordert. Dies umso mehr, als ab und zu auch drei Seiten „Politik“ erscheinen, worin dann Korrespondentenberichte von dpa-Redakteuren als „Bericht unserer Korrespondenten aus: Hong-Kong, Paris, New York...“ etc. bezeichnet werden. Natürlich verfügen die DOLOMITEN über keinen einzigen Mitarbeiter dieser Art, wenn man davon absieht, daß bislang der außenpolitische Montagskommentar, von Dr. Georg Schedereit, wöchentlich von dessen Arbeitsplatz beim deutschen Dienst der BBC in London per Telex eintrifft.

Wenn Chefredakteur Dr. Toni Ebner sich auch alltäglich kaum um diesen Aufschlag-Teil seiner Zeitung küm-

merit, so bestehen doch seine klaren Weisungen über Auswahl und „Stil“ dieser Berichterstattung: viel über CSU und Bayern und deren Franz Josef Strauß, auch über die CDU und möglichst wenig über Italiens Innenpolitik zu bringen; jeden Wahlsieg einer konservativen Partei in der westlichen Welt ist groß, und jeden einer sozialdemokratischen und weiter links stehenden Partei soweit am Rande, wie eben vertretbar, zu bringen (und umgekehrt). Dissidenten- und Rüstungsfragen des Ostens haben auf der ersten Seite oder in großer Aufmachung auf einem anderen Platz auffällig zu stehen. Das seinerzeitige Offiziersregime in Griechenland mußte ebenso wie Spaniens Franco geschont und Linkeregierungen, wie die in Chile, sollten angegriffen werden usw. Hauptmaxime ist und bleibt jedoch: möglichst wenig italienische Innenpolitik. Diese wurde einmal in der Woche, im Freitagkommentar des, inzwischen verstorbenen, Dr. Brandstätter, in zusammenfassender Weise abgehandelt.

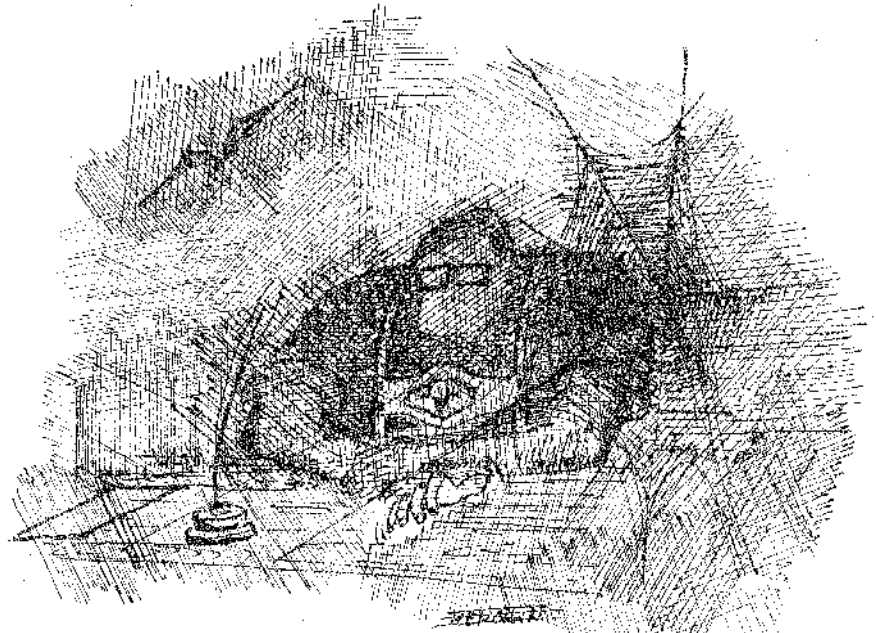
Der Lokalteil der Zeitung gliedert sich in die Hauptrubrik „Nachrichten aus Südtirol“ in der die Landespolitik der SVP und alle von den Ebnern und ihren jeweils derzeitigen politischen Freunden als „wichtig“ bezeichneten Ereignisse herausgestellt werden. In den allfälligen Unterabteilungen werden — je nach Bedarf — die Nachrichten aus Bozen, Meran und Brixen sowie aus den Südtiroler Tälern eingefügt. Diese Nachrichten und Berichte werden den DOLOMITEN großteils von pensionierten Volksschullehrern und anderen „Mitarbeitern“ zuge stellt. In Meran befindet sich ein Redakteur (Udo Perkmann) für den gesamten Bereich am Oberlauf der Etsch, in Brixen ist der „Athesia“-Verwaltungsangestellte und Publizist Rudolf Constantin in der „Außenredaktion“ eingesetzt. Beide arbeiten nebenher auch für die Lokalberichterstattung der deutschsprachigen Rundfunk-Nachrichten der RAI. Aus Nordtirol berichtet der mit der Einstellung des erfolglosen ÖVP-Blattes „Tiroler Nachrichten“ seinerzeit arbeitslos gewordene ehemalige Chefredakteur Dr. Hans Hummer. Das ist der gesamte „Außen dienst“. Im „Inneren“ ist für den „Gerichtssaal“ der Journalist Franz Berger verantwortlich und die tägliche Redaktionsarbeit im Lokalteil wird unter dem Zepher der beiden Ebners von drei Redakteuren (Vinzenz Außerhofer, Dr. Martha Innerhofer, Josef Rohrer — der angeblich inzwischen gekündigt hat —) „bewältigt“, wobei diese von einer Redaktionspraktikantin (Fräulein Plangger) und der Publizistin (und bisherigen Chefskretärin) Paula Baumgarten unterstützt werden. Der restliche DOLOMITEN-Redaktions-Stab besteht noch aus dem „derzeitigen verantwortlichen“ Journalisten Dr. Josef Rampold und drei Sportredakteuren (Pepi Außersdor-

fer, Franz Sina und Walter Morandell).

Die Lokalberichterstattung der DOLOMITEN, die das „Herzstück“ der Zeitung und ihrer Macht darstellt, ist vor allem dadurch gekennzeichnet, daß es keine Trennung von Bericht und Kommentar gibt. Die Nachrichten werden mit vielen Adjektiven ausgeschmückt und so in die von Ebner diktierte „Linie“ gebracht. Manchmal hinzugefügte Kursiv-Sätze wiederholen und unterstreichen nur noch die bereits stark kommentierende Berichterstattung: Man bedient sich dabei tendenziöser Floskeln wie „sattsam bekannt“, „stock-italienisch“, „in gewohnter Weise“, usf. wobei vor allem folgende Grundsätze herrschen: Jugendliche, die nicht auf die SVP und die DOLOMITEN eingeschworen sind, betrachte man grundsätzlich als „linksstehend“, arbeits- und lernscheu, sie kommen auch nicht zusammen, sondern sie „rotten“ sich, und alle ihre Forderungen werden stets als „destruktiv“ abgetan und mit allfälligen

Es kommen Zeiten vor, in denen er im Verlauf mehrerer Wochen nur hin- und wieder telefonisch nach dem „Rechten“ sieht.

Besonderes Augenmerk schenkt die DOLOMITEN-Berichterstattung auch den „Hasebrüdern“, natürlich ohne die gesellschaftlichen Hintergründe zu behandeln. Ein eigenes Kapitel sind die mit mehr oder weniger lustigen und angebrachten Sprüchlein ausgeschmückten und eingeleiteten Berichte „Aus dem Gerichtssaal“. Hier feiern Selbstgerechtigkeit und Pharisäismus trübliche Urstände und werden nicht selten vorweg bereits Urteile gefällt und suggeriert, wobei die mit der Justiz in Konflikt oder auch nur in Kontakt geratenen Menschen der Lächerlichkeit und dem Abscheu preisgegeben werden. Eine Ausnahme ist der Fall des Pfarrers von St. Walburg, der nach anfänglicher Verächtlichung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln verteidigt wird. Noch vor einem rechtsgültigen Urteil (wie z. B. im Fall Schwienbacher) wird der



Mr. X. nach X Artikeln über den X + 1. sinnend

Zerstörungswerken (siehe Blumenbeere in Meran) in Zusammenhang gebracht. Nicht viel besser ergeht es der arbeitenden Bevölkerung, der man stets nahelegt, ihrer „Pflicht“ nachzugehen und „Ruhe zu bewahren“ indem man gleichzeitig — vor allem mit bösem Blick auf die „Italiener“ — ihnen die zu vielen Streiks und versäumte oder verbummelte Arbeitsstunden zum Vorwurf macht.

Vielleicht ist an dieser Stelle eine persönliche Beobachtung angebracht: In einer eininhalbjährigen täglich gemachten Statistik konnte kontrolliert und dargelegt werden, daß sich Chefredakteur Dr. Toni Ebner nicht einmal ein knappes Drittel der gesamten Redaktions-Arbeitszeit bei den DOLOMITEN auf seinem Platz befindet.

(oder in diesem Fall die) Angeklagte diskreditiert, wobei unter anderem Redseligkeit bereits als Schuld eingeständnis- und Bestätigung gewertet wurde.

Nicht einmal ansatzweise wird in der Gerichtsberichterstattung versucht, Ursachen, Umstände und Beweggründe eines Gerichtsfalles zu finden und darzustellen. Der von der Justiz auf jeden Fall scharf zu Verurteilende muß sich vielmehr einer weiteren Verurteilung durch die Meinungsmacher in den DOLOMITEN und damit der breiten Öffentlichkeit unterwerfen.

Politisch gesehen wird im gesamten Lokalteil vor allem Partei für Herrschende und Besitzende ergriffen, not-

falls aber gelegentlich auch die Industrie (wie im Fall „Continental“ — Brixen) „angegangen“, wenn man ethnische Probleme wittert. Dieses Spezialgebiet wird in den DOLOMITEN — und dies durch alle Ressorts gehend — stets abwertend für die italienische und aufwertend für die deutsche Seite und im Sinne einer strikten Trennung der Volksgruppen gehandhabt, ganz abgesehen davon, daß die Ladinler einfachheitshalber für die „Deutschen“ in Anspruch genommen und ihnen einverleibt werden.

Natürlich weiß sich der „Athesia“-Verlag, dem die DOLOMITEN gehören und dem deren Chefredakteur, Dr. Toni Ebner, in gleicher Person als geschäftsführender Direktor vorsteht, in allen wirtschaftlichen Verflechtungen jeden Vorteil aus intensiven Geschäften mit italienischen amtlichen Stellen, Buch- und sonstigen Verlagen und anderen Abnehmern zu walzen. Ja es wird sogar — entgegen bisherigem DOLOMITEN-Stil — in diesen Tagen mit einem italienischen Buchtitel („Il Marchio di Caino“) in der Zeitung geworben, weil der bundesdeutsche Verleger diesen Band bei „Athesia“ drucken ließ.

Besonders intensive Meinungsmache betreibt die DOLOMITEN-Führung in der Dienstausgabe des Blattes: hier erscheint erstens eine Seite mit einer Auswahl von Kommentaren aus deutschsprachigen Zeitungen (fast ausschließlich rechtsgerichteter und kapitalnaher Presse wie „Bayern-Kurier“ — des F. J. Strauß und seiner CSU —, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ — deutsche Industrie —, „Münchener Merkur“ — CSU-nah, „Salzburger Nachrichten“ — rechtsliberal —, „Die Welt“ — Axel Springer —, usw.). Diese Kommentare werden — oft von Ebner selbst — nach denselben Kriterien ausgewählt wie die politischen Nachrichten der ersten Seite.

Weiters erscheint dienstags Josef Rampolds X-Kommentar, worin sich dieser (oftmals als „Cheffideologe“ der DOLOMITEN bezeichnet), derzeitige Verantwortliche“ gegen alles Linke und auch sonst. Landschaftsverunzierende wendet, über alle Schul- und Bildungsfragen urteilt, und so in pausenlosem Einsatz zur Erhaltung von Besitz- und Bildungsbürgertum und des gesamten „Abendlandes“ steht. Wenn auch die Sachkenntnis über so viele verschiedene Fachbereiche und die Selbstverständlichkeit des Urteils darüber oftmals verblüffen (wenn nicht gar fehlen) wird dies alles mit der Anonymität des „X“ verantwortet, wozu — wie „böse Zungen“ behaupten — den Südtirolern ein „U“ vorgemacht werden soll.

Drittes und letztes Meinungs-Kapitel am Dienstag sind die „Leserbriefe“. Deren Auswahl hat sich DOLOMITEN und „Athesia“-Chef Ebner ebenfalls selbst vorbehalten. Neben viel Zustimmungendem werden ab und zu auch

DOLOMITEN-feindliche Zuschriften veröffentlicht. Wie weit und wie lange und ob überhaupt (siehe Fall Ploner) eine Polemik in den Leserbrief-Spalten der DOLOMITEN stattfindet, dies entscheidet allerdings ganz allein der abgenannte Dr. Toni Ebner, der überhaupt grundsätzlich von jedem DOLOMITEN-Redakteur und in jedem „kritischen Fall“ befragt werden muß, in dem es unklar ist, ob etwas in seine „Linie“ paßt oder nicht. Widrigentals ist der entsprechende Redakteur sich eines mündlichen oder vielfach auch schriftlichen Vorweises unter dem ansprechenden Titel „Aktenerinnerk“ sicher. Diese „Aktenerinnerk“ werden meist in den Vormittagsstunden in der „Athesia“-Direktion unter den Lauben produziert und von dort flugs in die Redaktion am Weinbergweg (ist Industriezone) gesandt.

Der Führungs-„Stil“ Dr. Toni Ebners ist dadurch gekennzeichnet, möglichst einen jeden Redakteur darüber im Unklaren zu lassen, was er mit dem anderen „Kollegen“ besprochen oder abgemacht oder gar von ihm erfahren hat. So ist das Verhältnis in der Redaktion meist gespannt und von gegenseitigem Mißtrauen geprägt. Ebners Gesprächs-Ton mit seinen „Untertanen“ ist oft ausschweifend und meist repressiv. Hat sich jemand seinen Anweisungen widersetzt, muß er mit ständiger Verfolgung, vielen Nachteilen oder gar Elimination rechnen. Lange Zeit pflegten DOLOMITEN-Redakteure deshalb allerdings überhaupt nicht bei dieser Zeitung zu bleiben, so ist diese Redaktion meist durch wenig Personal und starke Fluktuation gekennzeichnet: alleine in den letzten vier Jahren gingen vier DOLOMITEN-Redakteure durch Kündigung ab (einer davon konnte sich die entwürdigende Behandlung durch den DOLOMITEN-Boß sogar gerichtlich auf dem Prozeßwege bestätigen lassen), einem weiteren Prozeß entging die „Athesia“ durch vorherige Bezahlung einer Geldsumme, zwei weitere Redakteure schließlich verlor das „Tagblatt der Südtiroler“ kürzlich durch Pensionierung, wobei eine dritte nach Verlauf von eininhalb Jahren bevorsteht.

Was die wöchentlichen Beilage-Seiten der DOLOMITEN „Die Kirche in der Welt“ (donnerstags) und „Aus dem sozialen Leben“ (freitags) betrifft, genügt es, darauf hinzuweisen, daß diese inhaltlich von dem, seit seiner Entfernung aus der DOLOMITEN-Redaktion, in kirchlichem Dienst stehenden Leiter des Seelsorge-Amtes und Journalisten Peter Zelger gestaltet werden. Hatte es in früheren Zeiten starke Differenzen zwischen ihm und Dr. Toni Ebner bezüglich des manchmal zu „fortschrittlichen“ Inhalts — vor allem der „sozialen“ Seite — gegeben, so konnte dies in letzter Zeit durch ein zu — Recht(s)-rücken der Themen vermieden werden.

Die Kultur-Politik der einzigen deutschsprachigen Tageszeitung Südtirols wurde bereits bei der Besprechung des Lokalteiles gestreift, besonders was deren ethnische und soziale Ausrichtung betrifft. Bleibt hier noch zu ergänzen, daß die 14tägig erscheinende „Literarische Beilage“, die von Dr. Hermann Eichbichler gestaltet wird, sich mit der Literatur der Gegenwart nicht oder nur in abweisender Form befaßt.

Was die seit wenigen Jahren eingeführte, und nur gelegentlich erscheinende, Seite „Aus dem kulturellen Leben“ betrifft, konnte man feststellen, daß nach einer Einführungszeit — in der auch ein begrenzter Überblick über das kulturelle Geschehen im gesamten deutschsprachigen Raum gegeben wurde — nunmehr seit Jahren ausschließlich noch hin und wieder (meist verspätete) Kritiken über Theater- und sonstige Veranstaltungen des Südtiroler Kultur-Institutes, des Konzert-Vereins und Haydn-Orchesters, sowie DOLOMITEN-gemahmer Kunstausstellungen in Südtirol erscheinen können. Gänzlich verboten sind seit ein und je alle Tätigkeiten des Südtiroler Kulturzentrum und aller anderen Organisationen, die nicht für die ethnische Trennung oder für zu „fortschrittliche“ Ideen eintreten. Dafür huldigt man ausgiebig einer sogenannten „Volkskultur“: den Musikkapellen und Volksbühnen. Der Tagesroman schließlich, spiegelt, ebenso wie der Samstag-Roman, den Geschmack der Ebner-Gattin Martha wider: Meist handelt es sich um Themen im Liebes-, Heimat- und Courts-Mahler-Milieu.

Wenn auch eine genaue Sprachanalyse des DOLOMITEN-Stils — besonders des Lokalteiles — noch bevorsteht, soll mit dieser Inhaltsanalyse vor allem der politische Wille und die „Machart“ der einzigen deutschsprachigen Tageszeitung Südtirols dargelegt werden. Man kann dabei folgende zwei Schlüsse ziehen:

1. Die DOLOMITEN werden praktisch von einer Person kontrolliert, die
2. eine rechts-opportunistische politische Linie verfolgt und zur Ausführung gelangen läßt, mit der a) die ethnische Spaltung und b) die sozialen Macht- und Besitz-Verhältnisse in Südtirol zu Lasten der (Mehrzahl) der arbeitenden Bevölkerung zementiert werden sollen.

## Perpetuum immobile

„Ist es aber nicht eine Teufelei, die Menschen intellektuell und gefühlsmäßig von ihrer überlieferten Lebensordnung, von ihren „bürgerlichen“ Idealen, von nicht-utopischen Weltanschauungen zu trennen?“

(Dr. Galvan, Präsident des SKFV, über die Systemüberwinder — Südtiroler Kamerad 12/77)



# SKOLAST-Gespräch mit Dr. Erich Achmüller

(SVP-ARBEITNEHMER)

**SKOLAST:** Herr Dr. Achmüller, was sind die „Arbeitnehmer in der SVP“? Wen wird vertreten sie eigentlich? An der Klausurtagung Ihrer „Bewegung“ haben etwa 50 Personen teilgenommen. Ist das nicht ein bisschen wenig für die Arbeitnehmerorganisation der größten Südtiroler Partei?

**ACHMÜLLER:** Die „Arbeitnehmer“ sind eine Richtung innerhalb der SVP, die sich für größeres Mitspracherecht der Arbeitnehmer und für größere Aufgeschlossenheit der Partei in sozialen Fragen einsetzt. Sie wollen besonders auch politische Bildungs- und Informationstätigkeit entfalten, um das Standes- und Problembewußtsein der arbeitenden Bevölkerung wachzurufen. Was die angeblich kleine Zahl der Teilnehmer an der Klausurtagung anlangt, so ist dazu zu sagen, daß speziell bei einer Klausurtagung die Anzahl für die Repräsentativität nicht ausschlaggebend ist. Wir haben auch andere Veranstaltungen gehabt, an denen sich eine größere Zahl von Personen beteiligt hat. Ich denke da vor allem an die zwei Landestagungen, die jeweils von etwa 300 Personen besucht waren. Außerdem haben wir erst eine zweijährige Tätigkeit aufzuweisen.

**SKOLAST:** Nach eigenen Aussagen versuchen die „Arbeitnehmer in der SVP“ eine Art Kreuzung zwischen christlicher Soziallehre und sozialdemokratischem Gesellschaftsbild. Was nehmen Sie von der einen, was vom anderen?

**ACHMÜLLER:** Wir stellen uns hier nicht etwa ein „Mischmasch“ vor; jeder soll seinen eigenen Standpunkt selbst festlegen können. Es handelt sich hierbei zwar um zwei verschiedene Ideologien, die jedoch sehr viele Ansätze zu konkreter Handlungsgemeinschaft eröffnen. Damit kann sowohl gegenüber extremen als auch gegenüber konservativen Kräften mehr erreicht werden.

**SKOLAST:** Scheint Ihnen eine solche Handlungsgemeinschaft nicht eher unrealisierbar, — gerade in einer Zeit, da die Auseinandersetzungen zwischen Sozialdemokraten und Christdemokraten auch in Mitteleuropa eine neue Zuspitzung erfahren? Und wie läßt sich Ihr Versuch mit der Tatsache vereinbaren, daß bisher Ihr ideologischer Bezugspunkt noch immer die österreichischen und bundesdeutschen Christdemokraten gewesen sind, während die Sozialdemokraten auf Ihren Vorträgen und Veranstaltungen kaum eine Rolle spielen? Es ergibt sich daraus nämlich der Verdacht, daß Ihr Bemühen um ein „sozial-christdemo-

kratisches“ Konzept nichts anderes als eine Verlegenheitslösung ist, die Ihre Unfähigkeit und auch Ihren Unwillen zur Wahl zwischen zwei verschiedenen Konzepten ausdrückt. Was sagen Sie dazu?

**ACHMÜLLER:** Die SVP hat es als Gesamtpartei leider versäumt, mit den sozialdemokratischen Parteien ein ähnliches Verhältnis herzustellen wie mit den christlich-demokratischen. Die „Arbeitnehmer“ haben versucht, auch mit den Sozialdemokraten Kontakt aufzunehmen, wie die Einladung des Herrn Zentralsekretärs Alfred Störzer (SPÖ — ÖGB) zu einer Klausurtagung beweist. Sie wird sicherlich nicht die letzte sein. Ihre Aussage hinsichtlich Verlegenheitslösung akzeptieren wir nicht. Die SVP muß ihren ideologischen Rahmen so weit gespannt halten, daß auch Sozialdemokraten Platz finden können. Ich bin mir allerdings bewußt, daß mit verbalen Aussagen allein in dieser Hinsicht nichts getan ist. — die SVP muß auch offiziell konkrete Schritte unternehmen. Und die stehen noch aus.

**SKOLAST:** Trotzdem, Christlich-soziale und Sozialdemokraten haben doch zwei verschiedene Gesellschaftsbilder, die in vielen Fragen auseinandergehen. Wir denken da an die Familienpolitik (Scheidung, Abtreibung, Rolle der Frau) oder auch an die Gesellschaftspolitik allgemein (Mitbestimmung, Rolle der Kirche). Da gibt es trotz allen Geredes oft große Meinungsverschiedenheiten, die kaum überbrückbar sind. Wie wollen Sie nun auch diese Aspekte unter einem Hut bringen? Oder denken Sie vielleicht daran, den „kleinsten gemeinsamen Nenner“ zu finden, der dann letztlich das sozialdemokratische Element Ihrer Politik nur als Etikett hestehen läßt, während in Wirklichkeit reinste christdemokratische Politik gemacht wird?

**ACHMÜLLER:** Auch innerhalb der Sozialdemokratie gibt es unterschiedliche Standpunkte. Es gibt keine typisch sozialdemokratischen Verhaltensweisen. So kenne ich z. B. Sozialdemokraten, die sich gegen die Abtreibung ausgesprochen haben. In den mitteleuropäischen Ländern ergeben sich die Auseinandersetzungen zwischen Christdemokraten und Sozialdemokraten aus dem Konkurrenz- und Machtkampf, der die Gegensätze stärker hervorhoben läßt, als sie eigentlich sind. Sicher, Unterschiede ergeben sich in einigen Sachfragen. Was den zweiten Teil Ihrer Frage betrifft, möchte ich darauf Wert legen, einige Begriffe zu klären: Es besteht ein wesentlicher

Unterschied zwischen Christdemokratie und christlich-sozialem Verhalten in der Politik. So können die sogenannten „C“-Parteien weder von sich behaupten, ihre Mitglieder seien samt und sonders Christen, noch können sie irgendwelche Monopolanprüche im Sinne des Christentums für sich geltend machen. Es könnte unter Umständen sogar vorkommen, daß Parteien, welche sich nicht auf Christliche Grundsätze berufen, bisweilen mehr christliches Gedankengut verwirklichen, als Parteien, welche Wert darauf legen, das „C“ vor dem eigenen Namen zu setzen. Christlich-soziales Verhalten hingegen hat mehr mit der christlichen Ethik etwa im Sinne des Evangeliums zu tun. Christlich-soziales Verhalten ist nicht parteigebunden. So wäre es z. B. durchaus denkbar, daß ein christlich-sozial eingestellter Mensch Mitglied einer sozialdemokratischen Partei ist.

**SKOLAST:** In der geschichtlichen Entwicklung der beiden Richtungen ergeben sich aber trotzdem Verschiedenheiten, die nicht unterschätzt werden können. So sind die christdemokratischen Parteien durchwegs konfessionell, während Sozialdemokraten fast überall ein laizistisches Staatsbild vertreten.

**ACHMÜLLER:** Was die geschichtliche Entwicklung betrifft, gebe ich Ihnen recht.

**SKOLAST:** Wollen die „Arbeitnehmer in der SVP“ also in Südtirol etwas erreichen, was bisher nirgendwo in Europa gelungen ist?

**ACHMÜLLER:** Wir halten eine Handlungsgemeinschaft durchaus für realisierbar. Die SVP ist eine Sammelpartei und wenn sie als solche weiterbestehen will, müssen in ihr die verschiedensten ideologischen Richtungen Platz finden. Das ergibt natürlich die Notwendigkeit ständiger Kompromißbereitschaft. Kompromisse müssen übrigens überall dort gefunden werden, wo Koalitionen bestehen und gebildet werden.

**SKOLAST:** Sind Sie also ein Christdemokrat oder ein Sozialdemokrat?

**ACHMÜLLER:** Ich würde mich als einen bezeichnen, den das christlich-soziale Gedankengut fasziniert, welches aber — wie bereits gesagt — beispielsweise auch von einer sozialdemokratisch ausgerichteten Partei vertreten werden könnte.

**SKOLAST:** Ihre „Bewegung“ versteht sich als erklärter Gegner des Klassenkampfes. Glauben Sie tatsächlich, daß der Klassenkampf eine rein intellektuelle Grille einiger Marxisten ist? Könnte es nicht auch so sein, daß der Klassenkampf in erster Linie von den sogenannten Wirtschaftskräften gegen die Arbeiterschaft geführt wird?

**ACHMÜLLER:** Der Klassenkampf wird vom christlich-sozialen Standpunkt aus negativ beurteilt, da letzter-

rer vom Grundsatz der Brüderlichkeit der Menschen ausgeht. Aber auch Sozialdemokraten halten den Klassenkampf als überholt, auch sie bekennen sich mehr zu partnerschaftlichen Prinzipien. Es stimmt allerdings, daß auch heute noch Klassenkampf so oder so betrieben wird. Da muß ich Ihnen recht geben. Und in Südtirol geben hierin vor allem die Wirtschaftskreise den Ton an.

SKOLAST: „Die Kommunisten seien eindeutig unsere politischen Gegner. Gerade aus diesem Grunde dürfen wir eine Konfrontation mit ihnen in den wichtigsten Sachfragen nicht scheuen. Sie bringe uns außerdem mehr ein als eine einseitige Hetzkampagne...“ Das soll Otto Saurer auf Ihrer Klausurtagung gesagt haben. Dr. Imenhofer hat uns in einem Interview erklärt, er halte die derzeitige antikommunistische Propaganda von SVP und junger Generation für nicht richtig. Wörtlich sagte er: „Man sollte mehr auf die Problematik eingehen und weniger hetzen.“ Was sagen Sie dazu?

ACHMÜLLER: Saurers Zitat beantwortet die Frage zum Teil bereits. Wir vertreten den Standpunkt, daß dem Kommunismus nicht nur mit einer Verteufelungsstrategie begegnet werden kann. Es ist vielmehr ein Merkmal christlicher Politik, auch mit Andersdenkenden in Diskussion zu treten. Bestand hat ohnehin nur, was

aus der Diskussion übrigbleibt. Das heißt aber nicht, daß die Kommunisten nicht unsere politischen Gegner sind. Aber wir müssen nicht nur in der Auseinandersetzung bestehen, wir müssen auch beweisen, daß wir das nötige Gespür für die sozialen Probleme der Zeit haben.

SKOLAST: In einem Arbeitsbericht aus Ihrer letzten Klausurtagung heißt es: „Die Arbeitnehmerbewegung bemüht sich aber auch um die Mitarbeit jener Südtiroler Arbeitnehmer, die in den auf gesamtstaatlicher Ebene anerkannten Gewerkschaften organisiert sind.“ Abgesehen davon, daß hier wie von verlorenen Söhnen geredet wird, möchten wir Sie fragen, wie Sie sich diese Zusammenarbeit vorstellen. Ist eine Voraussetzung dafür nicht, daß mit der Diffamierung dieser Gewerkschaften und der darin organisierten Arbeiter Schluß gemacht wird? Ein Beispiel. In Ihrem letzten Mitteilungsblatt sagen Sie vom AGB-Sekretär Josef Perkmann, ... daß es ihm und damit der CGIL nicht unbedingt in erster Linie um das Wohl der Arbeiter, als vielmehr darum geht, aus ihnen Kommunisten zu machen“. Es scheint, als wollten Sie die Zusammenarbeit mit den in den drei konföderierten Gewerkschaften organisierten Südtirolern erst aufnehmen, wenn diese ihre Organisationen verlassen haben. Dann allerdings wäre es sehr einfach.

ACHMÜLLER: Ich bin davon überzeugt, daß der Großteil der Südtiroler Arbeiter, die in die konföderierten Gewerkschaften eingeschrieben sind, nicht die politische Linie Perkmanns teilen, sondern auf unserer Seite sind, also die SVP wählen. Aber wir möchten unsere Bemühungen um die Südtiroler Arbeiterschaft nicht von deren jeweiliger parteipolitischen Zugehörigkeit abhängig machen. Wir wollen uns um jene Leute nicht weniger bemühen, die außerhalb des ASGB oder überhaupt nicht organisiert sind. Jedenfalls stehen wir den konföderierten Gewerkschaften aus Erfahrung kritisch gegenüber. Bis heute haben sie uns noch nicht den Beweis geliefert, daß sie autonome Entscheidungen treffen können, die den Besonderheiten Südtirols und der Mentalität der Südtiroler Arbeiter entsprechen.

SKOLAST: Worin besteht diese Mentalität?

ACHMÜLLER: Die Denkweise eines Südtirolers steht der eines Landsmannes aus Ost- oder Nordtirol näher als der eines italienischen Kollegen. Konkret heißt dies, daß unter den Südtirolern der Gedanke der Partnerschaft gegenüber der des Klassenkampfes vorherrscht. Dem muß eben Rechnung getragen werden. Vielleicht ist der relativ geringe Anklang, den die nationalen Gewerkschaften bei den Südtiroler Arbeitern finden, gerade darauf zurückzuführen, daß sie diese Erfordernisse zu wenig berücksichtigt haben.

SKOLAST: Kehren wir zurück zum Zitat über Perkmann. Würden Sie es unterschreiben?

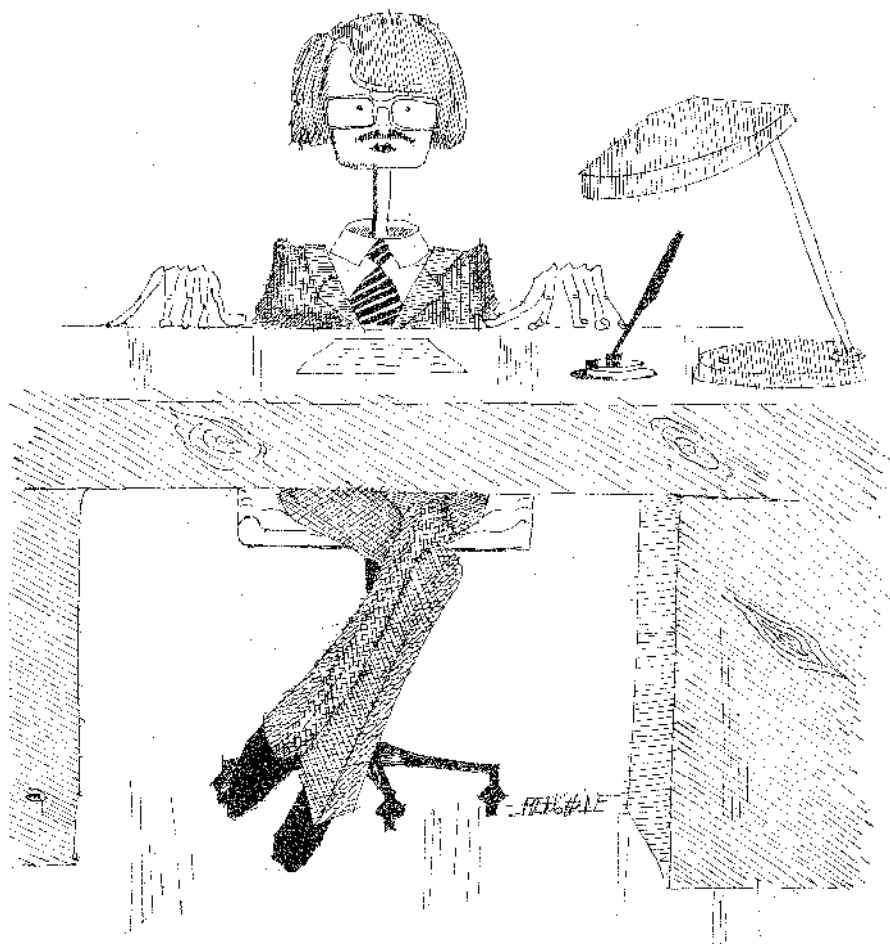
ACHMÜLLER: Ich will nicht bestreiten, daß Perkmann nicht auch Gewerkschaftsarbeit leistet. Doch unter anderem versucht er, über die Gewerkschaftsarbeit seine politischen Ziele zu erreichen.

SKOLAST: Aber der Gedanke der Sozialpartnerschaft ist nicht minder politisch als der des Klassenkampfes oder der Wirtschaftsdemokratie. Kann eine Gewerkschaft überhaupt darauf verzichten, Politik zu machen?

ACHMÜLLER: Nein. Aber es ist eine Frage des Standpunktes. Wir finden es eben für den Arbeiter nicht förderlich und vorteilhaft, daß er über die Gewerkschaft zum Kommunisten gemacht wird.

SKOLAST: Es ist anzunehmen, daß sich die „Arbeitnehmer in der SVP“ für die Mitbestimmung einsetzen werden. Wie soll diese aussehen? Sind Sie für die paritätische Mitbestimmung? Wird an dieser Frage nicht noch ein Stück Sammelpartei zerbrechen?

ACHMÜLLER: Die paritätische Mitbestimmung stellt sicherlich einen Kompromiß zwischen den Interessen des Kapitals und der Arbeit dar. Allerdings habe ich den Eindruck, daß bei uns bei jenen Leuten, die die Hebel



DER ARBEITNEHMER-VERTRETER

der Macht in den Händen haben, dafür oft weder die nötige Reife noch der politische Wille vorhanden ist.

Was die Sammelpartei betrifft, sehe ich für sie durch die Partnerschaft keine Gefahr. Im Gegenteil, ein paritätischer Aufbau aller Gremien würde sicherlich auch für die Sammelpartei eine ausgleichende Wirkung haben.

**SKOLAST:** Noch etwas zur Sammelpartei, zu der Sie sich ja bekennen. Die SVP hat bei mehreren Gelegenheiten erklärt, in ihr hätten von den Liberalen bis zu den Sozialdemokraten Platz. Ausgeschlossen seien allerdings marxistische Sozialisten (es gehören wohl auch einige Sozialdemokraten dazu) als auch Kommunisten. Was ist nun aber mit jenen Südtirolern, die durch dieses Maß nicht mehr in die SVP passen? Sind sie Verräter, schlechte Südtiroler oder überhaupt keine Südtiroler mehr? Wäre es von seiten der SVP nicht viel ehrlicher, wenn sie sich gleich als deklarierten würde, was sie effektiv ist: nämlich eine christdemokratische Partei?

**ACHMÜLLER:** Unser Parteiprogramm sieht für die Mitgliedschaft bestimmte Eckwerte vor. Links dort, wo der Marxismus beginnt, rechts der Faschismus. Mehr noch. Da totalitäre Strömungen nicht demokratisch sind, werden diese von der SVP sogar bekämpft.

Zur letzten Frage möchte ich folgendes sagen: Heute wie gestern ist es so, daß die SVP im großen und ganzen christdemokratisch ausgerichtet ist. Allerdings gibt es auch Kräfte, die versuchen, das Potential des Parteiprogramms in einem weiteren Sinne auszuschöpfen. Dazu gehören nicht zuletzt die „Arbeitnehmer“, die sich für die politische Geschlossenheit der Arbeitnehmer einsetzen. Sie ist eine Chance, die sich die Arbeitnehmer nicht entgehen lassen sollten. Trotzdem möchte ich jene, die außerhalb der SVP stehen, nicht verurteilen. Sie haben leider den Glauben an die SVP verloren und sehen auch keine Möglichkeiten, daß sich in ihrem Sinne etwas ändert. Wir hingegen sehen außerhalb keine Alternative. Wir setzen uns dafür ein, daß sich die SVP aufrafft, bei der Bewältigung sozialer Probleme zu beweisen, daß sie diese ebenso gut lösen kann wie andere Parteien. Wir versuchen mehr Arbeitnehmervertreter in die Gremien zu bringen, welche sich in diesem Sinne verwenden. Bei den Wahlen zum Paritätischen Ausschuss sind verschiedene Leute unserer „Bewegung“ gewählt worden und treten auch offen als Arbeitnehmervertreter auf. Es wird nach meiner Meinung in der SVP immer mehr zum Vorschein kommen müssen, wer was vertritt. Politik ist schließlich auch eine Machtfrage. Es geht um die Frage, wer auf welcher Grundlage auf welche Weise Macht ausübt.

**SKOLAST:** Für viele Stellenbesetzungen wird zur Zeit der ethnische Proporz nach den Landtagsmandaten der deutschen und italienischen Volksgruppe errechnet. Sind Sie nicht der Meinung, daß es logischer wäre, den Proporz nach den Daten der Volkszählung festzustellen? Wird nicht durch die jetzige Lösung eine politische Wahl (wie sie die Landtagswahlen aufgrund der großen Kompetenzen der Provinz wohl sind) zur Volkszählung degradiert, wodurch wohl kaum eine Entspannung unter den Volksgruppen erreichbar ist und auch die politische Dialektik nicht voll zum Tragen kommt, wie es sich hingegen für eine Demokratie gehörte?

**ACHMÜLLER:** Die Anknüpfung des Proporz an die Landtagsmandate bringt für die deutsche Bevölkerung einige Vorteile. Man sollte diesen Vorteil nicht ohne Gegenleistung abgeben. Immerhin sind seit 1972 trotz bestehenden Verfassungsgesetzes in Südtirol auch weitere 2000 Italiener in die Staatsstellen eingeschleust worden.

**SKOLAST:** Ist es nicht so, daß man dadurch verhindern will, daß jene „judaischen“ Parteien, die eine immer größere Tendenz zum überethnischen aufweisen, daran gehindert werden sollten, deutsche Kandidaten auf ihre Listen zu nehmen, weil sonst der Proporz verfälscht wird?

**ACHMÜLLER:** Das ist sicherlich eine Nebenerscheinung, aber es geht im Endeffekt um die Stellen für Südtiroler und nicht um Parteienvorteile.

**SKOLAST:** Herr Achmüller, was steckt eigentlich hinter der harten Polemik mit dem Katholischen Familienverband? Ist nicht auch sie eine ernste Gefahr für die Sammelpartei, die wohl auch auf relative Einmütigkeit im gesellschaftlichen Bereich angewiesen ist?

**ACHMÜLLER:** Wir sind vielen konservativen Kräften -- auch innerhalb der SVP -- ein Dorn im Auge. Wir aber sind der Meinung, daß die Sammelpartei die Aufgabe hat, mit allen sozialen Kräften einen Mindestkonsens herzustellen. Dabei wird es auch Auseinandersetzungen geben, die intern nicht bereinigt werden können, sondern in der Öffentlichkeit ausgetragen werden müssen. Denken Sie an das Wohnbaugesetz.

**SKOLAST:** Darauf wollten wir gerade kommen. Warum haben Sie sich bei der Abänderung zum Wohnbaugesetz der Stimme enthalten und nicht dagegen gestimmt? Beweist die Tatsache, daß nur zwei SVP-Abgeordnete sich der Stimme enthalten haben, nicht auch, welche Tendenz in der SVP dominiert? Welches Gewicht haben denn heute in Ihrer Partei die sozialen Tendenzen?

**ACHMÜLLER:** Wir hätten auch durch unsere Gegenstimme nicht erreichen können, daß das Gesetz im Landtag abgelehnt wird. Aber vor

allem haben wir uns deshaß der Stimme enthalten, weil wir im Rahmen der Fraktion einige Verbesserungen erreichen konnten, weil wir mit der Neinstimme gedroht haben. Denken Sie an das Mitspracherecht der Sozialverbände bei der Ausweisung von Wohnbaugründen. Wir haben erreicht, daß dieses Mitspracherecht auch nicht nur bei Ausweisungen sondern bei Streichungen von Gründen gewährleistet ist. Dies ist genauso wichtig, besonders wegen des Druckes des Bauernbundes. Zonen einfach zu streichen. Auch andere Verbesserungen konnten erreicht werden. Was unsere Vertretung betrifft, so haben wir nie behauptet, daß wir im Landtag eine große Gruppe sind. Wir hoffen allerdings, daß im nächsten Landtag die Anzahl der Arbeitnehmervertreter höher sein wird. Es muß jedoch auch gesagt werden, daß von den anderen Abgeordneten nicht alle in den gleichen Topf zu werfen sind. Es gibt Leute mit sozialem Gespür und andere, die ausschließlich Interessen bestimmter Gruppen ohne Rücksicht auf das Gemeinwohl durchsetzen.

**SKOLAST:** Kam der Christlich-sozialen und Sozialdemokraten-Fresser Franz Josef Strauß für die „Arbeitnehmer in der SVP“ ein Vorbild sein?

**ACHMÜLLER:** Ich kann sicherlich auch im Namen der Leute, die ich verrete, sagen, daß Strauß für uns nicht jenes Vorbild darstellt, das er vielleicht für andere Kräfte in der SVP ist. Jedenfalls ist an seiner demokratischen Gesinnung nicht zu zweifeln, wenn auch bestimmte Auslandsreisen nicht gerade zur Stärkung dieses Image beigetragen haben.

**SKOLAST:** Wir danken Ihnen für das Gespräch.

## Großer Verfassungsrechtler

„Dem Geist und dem Buchstaben der italienischen Verfassung steht der ASGB allemal näher als die italienischen und deren „deutsche Ableger“ in Südtirol: nicht schleichende Systemveränderung, vielmehr eine die Zusammenarbeit zwischen den sozialen Gruppen festigende und begünstigende Politik wird von ihm verfolgt.“

(Perwanger -- Profil 12)

## Tiroler Sozialpartnerschaft

„Die Gemeindeverwaltung steuerte die Holzmasten bei, die Mädchen nähren die rot-weißen Banner und die männliche Jugend besorgte das Aufstellen.“

(„Tiroler Fahnen über Montan“ -- Profil 12)

## Der Autonome Südtiroler Gewerkschaftsbund

Die sechziger Jahre zeichneten sich auf gewerkschaftlicher Ebene durch verschiedene wichtige Ereignisse aus. Die erste Hälfte dieser Jahresspanne (1964) sah auf deutscher Seite die Gründung der ethnischen Gewerkschaft ASGB, während auf italienischer Seite gleichzeitig eine Reihe von großen Streiks zur Erneuerung der Kollektivverträge zu verzeichnen waren.

Die zweite Hälfte hingegen war durch die Verflechtung der Probleme des ASGB mit den Geschnissen der „italienischen“ Arbeiterorganisationen gekennzeichnet, und zwar im Zusammenhang mit der gesamtstaatlichen Gewerkschaftsbewegung. Zugleich befanden sich ASGB und SGB/CISL in gegenseitiger harter Polemik über die legitime gewerkschaftliche Vertretung der Südtiroler Arbeiter.

Diese zwei Phasen der Jahre 1960/70 sollen nun gesondert dargestellt und etwas vertieft werden.

### Erste Hälfte der sechziger Jahre

Das Jahr 1961 ergab einige wichtige Veränderungen im Verhältnis zwischen der deutschen und italienischen Volksgruppe in Südtirol, die vor allem zu erheblichen Spannungen führten, deren Höhepunkt in den Bombenanschlägen jener Jahre erreicht wurde und deren Auswirkungen weit über die Mitte des Jahrzehnts hinaus zu spüren waren. Auch die Gewerkschaftsorganisationen befanden sich mitten in dieser Problematik. Für sie wurde es lebenswichtig, diese Konflikte zu verstehen und unter Kontrolle zu bringen, da sie sich leicht — wie man bald verstanden hatte —, in eine Spaltung der gesamten Arbeiterklasse zugunsten der konservativen und reaktionären Kreise entladen konnten.

Große Aufmerksamkeit wurde unter anderem der extrem schwierigen wirtschaftlichen Lage der Südtiroler Arbeiter — vor allem des Landwirtschaftssektors — gewidmet. Die damalige wirtschaftlich-soziale Situation hatte eine relativ zahlreiche Abwanderung von Südtiroler Werktätigen nach Mitteleuropa zur Folge, die von den Gewerkschaften mit großem Interesse verfolgt wurde. Besondere Aufmerksamkeit wurde jedoch dem Phänomen der Zuwanderung von Südtalienern in unser Land, die vornehmlich die Stadt als Ziel hatte, entgegengebracht. Der Widerspruch ist nur ein scheinbarer. Man denke nur daran, daß von seiten der lokalen konservativen Presse die Stadt vielfach als „Ort des Verderbens“ geschildert wurde. Dies geschah ganz offensichtlich, um einer-

seits die Landflucht billiger Arbeitskraft zu verhindern, und andererseits, um den Kontakt der deutschsprachigen Arbeiter mit ihren italienischsprachigen Kollegen zu behindern, weil man damit eine unerwünschte „Politisierung“ und „Sensibilisierung“ zu verhindern hoffte.

Eine interessante Meinungsumfrage wurde im Jahre 1962 vom Südtiroler Wirtschafts- und Sozialinstitut auf einem Muster von 1500 Personen unter den Südtiroler Arbeitern durchgeführt. Auf die Frage: „Ist Ihrer Meinung nach der gewerkschaftliche Schutz in Südtirol genügend?“, antworteten die Befragten in folgender Weise:

37% bezeichneten den Gewerkschaftsschutz als unzureichend;

33% befürworteten die Reorganisation der bestehenden Gewerkschaft (SGB/CISL);

21% dachten an den Aufbau einer neuen Gewerkschaft;

5% sagten, der SGB müsse autonom werden, und

3% regten an, daß die Führungsgremien der Gewerkschaft besser ausgebildet werden sollten. (Dolomiten, 26. Februar 1965).

Wenn auch die Zuverlässigkeit dieser Umfrage wegen der niedrigen Anzahl der Befragten, bezogen auf die Gesamtzahl der Bevölkerung in Zweifel gezogen werden kann, so ist es doch möglich, aus den Resultaten eine tendenzielle Unzufriedenheit der deutschsprachigen Arbeiter abzulesen.

Aus der Gesamtheit der ökonomischen und politischen Ereignisse dieser Periode waren daher die Zeiten für die Gründung einer neuen Gewerkschaft, die alle deutschsprachigen Arbeiter vereinigen sollte, reif geworden, — natürlich aus der Perspektive der herrschenden Klasse. Wieder einmal stützte man sich auf die „Heimatstunde“, auf die Tradition, auf das religiöse Gewissen der deutschsprachigen Arbeiter. Alle Massenmedien und Informationskanäle wurden dafür herangezogen.

Die Gründung der neuen „Gewerkschaft für die Südtiroler Arbeiter“ wurde nicht behindert, sondern im Gegenteil von den herrschenden politischen und ökonomischen Kräften unterstützt und gelenkt. Diese neue Gewerkschaftsorganisation erhielt den Namen „Autonomer Südtiroler Gewerkschaftsbund — ASGB“. Der Gründungsakt wurde am 11. Oktober 1964 im Lehrlingsheim in Bozen unterzeichnet. Die lokale Presse nahm natürlich sofort Stellung. Schon am 12. Oktober 1964 ließ es in den „Dolomiten“, daß der ASGB keine Kluft zwischen den

beiden Volksgruppen aufreißen wolle (die dann in Wirklichkeit gerade auf Treiben der dominierenden Kräfte trotzdem entstanden ist), sondern, daß er auf der Grundlage der demokratischen Gleichberechtigung als freie Organisation die Zusammenarbeit suche. Hier muß nun darauf hingewiesen werden, daß die „Geburt“ des ASGB nicht unter „normalen“ Umständen erfolgte, da ein Teil seiner Kader aus den Reihen des SGB/CISL zu ihm übergelaufen waren.

Die einsprachige Zusammensetzung erweckte sehr bald den Verdacht, daß man unter den organisierten Südtiroler Arbeitern eine gezielte ethnische Spaltung herbeiführen wollte, die bereits in vielen anderen Bereichen der Südtiroler Gesellschaft geborgen war. Das Ziel, das man mit der Gründung des ASGB zu erreichen dachte, zeigte sich bald in voller Transparenz: im Namen weltanschaulicher Unterschiede der immer wirkungsvolleren Präsenz der CGIL unter den deutschsprachigen Arbeitern entgegenzuwirken. Man kann sich natürlich leicht vorstellen, wie die Gewerkschaftsorganisationen der CGIL, CISL und UIL zur „Neugründung“ standen: es kam zu heftigen Polemiken in Zeitungen, im Rundfunk und auf den verschiedenen Kongressen. So betonte der VI. Landeskongress des SGB/CISL beispielsweise, „daß die Gründung der sogenannten autonomen Gewerkschaft aus Absichten entstanden ist und aufrechterhalten wird, die mit einer wirklichen Gewerkschaft nichts gemein haben und keinesfalls den Erwartungen der Werktätigen der drei Sprachgruppen in Südtirol entspricht“ (Dolomiten, 23. April 1965). Die Arbeiterkammer (CGIL) äußerte ihrerseits die Ansicht, daß es nicht genüge, diesen Spaltungsprozeß einfach zu verurteilen, man müsse vielmehr nach den Ursachen suchen, die einen Teil der Südtiroler Arbeiter bewogen haben, sich in die ser „autonomen“ Gewerkschaft zu organisieren.

Die erste gewerkschaftliche Aktion des ASGB war die Unterzeichnung des Landesvertrages der Landarbeiter mit dem Bauernbund. Von seiten der drei Gewerkschaften wurde die Unterzeichnung für ungültig betrachtet, da der ASGB nicht die drei Gewerkschaften (CGIL, CISL, UIL), die den nationalen Kollektivvertrag unterschrieben hatten, vertreten konnte und außerdem, weil der ASGB-Vertrag die Position der Südtiroler Landarbeiter verschlechtert habe (Alto Adige 7. Juli 1965). Sofort stellte man sich in den verschiedensten Kreisen die Fragen: Genießt der ASGB nationale und internationale Anerkennung? Ist das Handeln des ASGB auf gewerkschaftlicher Ebene abgesichert?

Für die ethnische Gewerkschaft ergab sich aus diesen Fragen eine eindeutige Schlußfolgerung: um überleben zu können, mußte sie sich an eine gesamtstaatliche Gewerkschaft an-

schließen. Sie tat dies zuerst bei der „Commissione Sindacale Cristiana“ (Rom); (siehe Claus Gauerer „Im Kampf gegen Rom“). Später wurde der Versuch unternommen, sich auf Grund des „gemeinsamen christlichen Charakters“ und Weltanschauung der CISL anzugliedern. Dies wurde dann aber vom SGB/CISL verbindet.

In diesem Zusammenhang wurde am 11. Oktober 1965 im Kurhaus von Meran der erste ordentliche Landeskongreß des ASGB abgehalten. Dabei wurden die wesentlichen Punkte des Gründungsaktes wiederholt und bestätigt: der ASGB sei keiner Gewerkschaft angeschlossen, gehöre auch keiner konfessionellen Organisation an, lehne jeden Gebrauch von Gewalt als Kampfmittel ab. Es wurde auch betont, daß man von den eigenen Mitgliedern eine verantwortungsbewußte Haltung am Arbeitsplatz fordere und für sie den gerechten Anteil am Sozialprodukt verlange. Auf dem Kongreß wurde vor allem auf den unparteilichen Charakter des ASGB hingewiesen. Zur gleichen Zeit zeigte sich jedoch die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit den Parteien. Mit welchen Parteien? Da die SVP an die 95% der Südtiroler Wählerstimmen abschöpft, sah der ASGB prompt in dieser Partei die einzige Interessenvertretung der Südtiroler Bevölkerung und daher auch die einzige Partei zur Zusammenarbeit. Selbst der ehemalige SGB/CISL-Funktionär von Meran, Flaickner, behauptete unverblümt: „Wir uns ist die SVP unsere politische Partei“ (die Brücke, Nr. 14/Dezember 1965).

Der ASGB begann sodann, sich immer mehr am österreichischen und bundesdeutschen Gewerkschaftsmodell zu orientieren. Er machte sich unter großen Widersprüchen die „Grundsätze der christlichen Sozialordnung“ zu eigen und erklärte, daß er deren Verwirklichung im Arbeits- und Wirtschaftsleben anstrebe und daher den Klassenkampf ablehne. Überhaupt wird die „Alternative zum Klassenkampf“ zum tragenden Balken der Gewerkschaftspolitik des ASGB. Sie wird dauernd betont und die Propaganda des ASGB findet in allen Massenmedien und Informationsmitteln wohlwollende Gastfreundschaft. So ist es auch bis heute geblieben. Erst kürzlich konnte man in „SVP-Aktuell“ vom Oktober 1977 lesen: „Der ASGB lehnt den Klassenkampf ab und tritt für die Evolution und nicht für die Revolution ein. Der ASGB befürwortet die Verwirklichung einer Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft...“

An einem Diskussionsabend (1966), an dem auch der Obmann des ASGB, F. Flaickner, teilgenommen hatte, wurde vom Südtiroler Industriellen Dr. Thun behauptet, ... „daß die Zusammenarbeit mit einer christlichen Gewerkschaft für erstens entschieden vorteilhafter sei als mit nicht-christlichen Gewerkschaften... Der Weg, der

zu einem Einvernehmen zwischen Unternehmern und Gewerkschaften führe, müsse auch noch gefunden werden, doch seien Richtlinien dafür bereits vorhanden. Als diesbezüglicher Fortschritt könne auch die Einsicht der Unternehmer bezeichnet werden, die zum Großteil damit einverstanden seien, daß sich die Arbeitnehmer zur wirksamen Verteidigung ihrer Rechte organisieren. Zusammenstöße zwischen Arbeitgeber und Gewerkschaften ließen sich leider in Zukunft nur schwer vermeiden, doch sollten solche Reibungen beide Partner nicht davon abbringen, eine Zusammenarbeit anzustreben. Andererseits müsse eine Gewerkschaft den freien Handel voll und ganz anerkennen und auch alle zahlreichen Verstaatlichungen von Unternehmen kritisch gegenübersehen. Nur wenn eine Gewerkschaft auch Pflichten gegenüber dem Unternehmer anerkenne, könne sie zum Gesellschaftsumbruch im guten Sinne beitragen“ (Dolomiten 15. Jänner 1966).

Solche Aussagen sind selbstredend für das Interesse, das die Südtiroler Unternehmerkreise am ASGB hatten und haben. Hier spiegelt sich klar ihre Haltung und Rolle bei der Gründung des ASGB wider. Diese Aussagen lassen den Werdegang der „Sozialpartnerschaft“ erkennen, die heute von ASGB und Unternehmern gleichermaßen propagiert wird.

Aber auch die italienischen Unternehmer begrüßten mit Freuden die eingetretene Gewerkschaftsspaltung, die durch die Gründung des ASGB entstanden war. Auch die italienischen Unternehmer hatten bereits einige Versuche der Gewerkschaftsspaltung ausprobiert: Gründung der „Selben Gewerkschaften“ SIDA und LLD in den Jahren 1958/59.

In Südtirol gab die Spaltung der Arbeiter — da ja der ASGB auf der Basis ethnischer Überlegungen entstanden war —, den italienischen Unternehmern eine weitere Möglichkeit, alle Klassenkonflikte in ethnische Konflikte umzubauen und ihnen die Schärfe zu nehmen. In gleicher Weise verhielten sich auch die deutschen Unternehmerkreise. Für sie war es vor allem wichtig, die auftretenden Arbeitskämpfe der Südtiroler Arbeiterschaft aufzufangen und in ihrem Sinne zu orientieren. Das „Rezept“ war und ist immer dasselbe: kann man den Kampf nicht vermeiden, so verwendet man die entstandenen Spannungen und verwandelt sie in ethnische Gegensätze. Damit kann die Aggressivität gegen die sogenannten „italienischen“ Gewerkschaften und nicht gegen die lokalen Unternehmer gerichtet werden. Unter dem Motto „Divide et impera“ wie es schon die Römer kannten.

Der ASGB hatte in dieser Strategie die Aufgabe, die Südtiroler Arbeiter ruhig zu halten und die möglichen Konflikte in die Bahnen des Nationalismus zu leiten. All dies wurde noch mit einer „christlichen Soziallehre“

und einer konstanten und kapillaren antisozialistischen und antikommunistischen Propaganda untermauert. Dadurch wollte die lokale Unternehmerschaft den sozialen Frieden für den bevorstehenden Industrialisierungsprozeß gewährleisten.

## Zweite Hälfte der sechziger Jahre und siebziger Jahre

Die zweite Hälfte des Jahrzehnts stand im Zeichen der „programmierten Unterentwicklung“ Südtirols, durch die intensive Industrialisierung der Täler mit Klein- und Mittelbetrieben. EFHA in Schluderns (175 bis 300 Arbeitnehmern), KRUMM/ALPINA in Laas (50 bis 200), ESTERGLAS in Schlanders (50 bis 100), KING ITALIANA in St. Martin Passier (60 Frauen), Lochzean in Vipitan usw. Der Produktionsabsatz erfolgte durchwegs in Italien, Europa, besonders aber in Deutschland (Aus „Heimat und Welt“, 4. April 1969). Aber die ökonomischen und politischen Gegebenheiten führten zu einer immer engeren Verflechtung der Probleme des ASGB und denen der anderen Gewerkschaften. Im Dezember 1967 unternahm der ASGB „einen letzten Versuch, mit der CISL auf der Basis der gemeinsamen christlichen Weltanschauung zu einer geordneten Zusammenarbeit zu gelangen“ (Dolomiten, 1. März 1968). Die CISL lehnte abermals ab. Der ASGB sah sich nun gezwungen, mit der UIL in Rom ein Abkommen zu unterzeichnen. Am 2. und 3. März 1968 fand in Meran der Zweite ordentliche Landeskongreß des ASGB statt. Bei diesem Anlaß wurde offiziell die Zusammenarbeit mit der UIL bekanntgegeben.

Aber innerhalb kurzer Zeit entstand eine heftige Polemik zwischen SGB/CISL und ASGB. Ersterer behauptete: „Damit der ASGB eine Gewerkschaft sei, müsse er als Ziel den ökonomischen und sozialen Schutz der Arbeiter verfolgen, und nicht auf ethnischer Basis beruhen, die zu nichts anderem führe, als die Arbeiter weiter zu trennen. In einer Zeit, in welcher man von gewerkschaftlicher Vereinigung spricht.“ (Alto Adige 3. März 1968). Der ASGB nahm diese Herausforderung an und antwortete, daß „die deutschsprachigen Funktionäre von seiten der italienischen Führung boykottiert wurden; der deutschsprachige Teil der SGB/CISL-Führung hätte keinerlei Entscheidungsgewalt, die deutschen Funktionäre dienen nur mehr als Aushängeschild“. Weiter: „Um unsere Arbeiterschaft vor Ausbeutungen zu schützen und um sie vor verführerischer und leichtfertiger Hetze durch Gewerkschaftsfunktionäre anderer Mentalität und Weltanschauung zu bewahren, braucht Südtirol eine starke Gewerkschaft...“ (Dolomiten, 5. Februar 1969).

Doch diese Auseinandersetzung fand bald ihr Ende, denn das Hauptinter-

so richtete sich auf die Entwicklung der Studentenbewegung. Der sogenannte „Heiße Herbst“ brachte neuen Wind in das Gewerkschaftsleben. Im Jahre 1968 wurden 3.870 Kollektivverträge unterzeichnet. Besonders stürmisch ging es vor allem in der Bozner Industriezone zu.

Der vom ASGB eingeschlagene Weg brachte bald seine Früchte. Die Teilnahme des ASGB im Jahre 1969 an verschiedenen Arbeitskämpfen zur Beseitigung der Lohnzonen sowie für die Revision der Renten brachte dem ASGB eine schwere interne Auseinandersetzung ein. Den Höhepunkt erreichten diese mit dem Austritt des Generalsekretärs Otto Gaßner und seinem Übertritt zum SGB/CISL (Dolomiten, 7. August 1970). Die Folge dieser Auseinandersetzungen war, daß der ASGB seine Tätigkeit verminderte und sich nur mehr auf individuelle Streitfragen konzentrierte. Er wurde zum passiven Zeugen der Arbeitskämpfe, die in dieser Zeit über die Bühne gingen.

Am 20. Mai 1970 wurde das Arbeiterstatut, Gesetz Nr. 300 (Bestimmungen zum Schutze der Freiheit und Würde des Arbeiters, der Gewerkschaftsfreiheit an den Arbeitsplätzen) verabschiedet: die Krönung harter Arbeitskämpfe.

1971 begannen zwischen den drei Gewerkschaftsorganisationen (CGIL — CISL — UIL) die Bemühungen zur Gewerkschaftseinheit. Von seiten des ASGB wurde keine klare Stellungnahme bekannt. Diese Haltung wurde von verschiedenen Kreisen als weiterer Beweis der Abhängigkeit des ASGB von der SVP betrachtet, die dadurch versuchte, den Abstand und die Isolierung des ASGB von den anderen Gewerkschaften zu verstärken.

Besonders harte Kritik der konföderierten Gewerkschaften entflammte, als im Landesauschuß von seiten der SVP-Vernichter in Zustimmung zum ASGB und in deutlichem Einklang mit den Interessen der lokalen Unternehmerschaft, beschlossen wurde, dem Verfassungsgerichtshof den Antrag über die Legitimität des Artikels 28 des Arbeiterstatuts vorzulegen.

Von da an war das größte Problem des ASGB die Gleichstellung mit den anderen Gewerkschaften. Diese wurde im Rahmen der Durchführungsbestimmungen unter dem Titel „Sozialfürsorge“ — „Gleichstellung einer Gewerkschaft der deutsch- und ladinischsprachigen Arbeiter“ —, am 18. März 1977 bestimmt.

Dazu schrieb das scheidende Landessekretariat in seinem Einleitungsreferat zum 9. Landeskongreß des ASGB/CGIL — und mit diesen Worten möchte ich meinen Beitrag beschließen: „Es ging darum, dieser Gewerkschaft die Möglichkeit zu geben, alle nationalen und lokalen Gesetze in Anspruch zu nehmen, die den großen Gewerkschaften bereits zustehen. Dieses Ziel der rechtlichen Gleichstellung

konnte durch die freie gewerkschaftliche Verhandlung erreicht werden. Diesbezüglich bestand auch eine präzise Verpflichtung der drei Gewerkschaftsbünde. Man hat es aber vorgezogen, im Rahmen der Durchführungsbestimmungen zum Paket eine Norm zu erlassen, die die Anerkennung einer ethnischen Gewerkschaft durch den Landesauschuß vorsieht. Die Erfahrung lehrt uns aber, daß eine Gewerkschaft ihre Anerkennung durch die sozialen Kämpfe und die Einheit

der Arbeiterschaft erhalten muß. Wir sind daher nach wie vor von der Einheit aller Arbeiter, deutscher, italienischer und ladinischer Muttersprache in unserer Provinz überzeugt. Deshalb bemühen wir uns um den Aufbau einer Gewerkschaftsbewegung für die Arbeiter aller Volksgruppen... Wir sind hingegen vom geringen Wert formaler Anerkennungen überzeugt und halten einen organisierten Konkurrenzkampf unter den Gewerkschaften für schädlich.“

## Von Lokalen und Institutionen

*Lokalpolitik ist Politik in Lokalen, sie erhält ihr eigentümliches Gepräge durch die Atmosphäre dieser letzteren*

*Doch ist die Rede hier nicht von den Gastlokalen, deren Einfluß die lokale Politik seit Menschengedenken tatkräftig bestimmt, wir begeben uns vielmehr an einen Ort, in dessen Dunkelkreis unsere Institutionen ihr Leben entfalten, da seine Eigenart ihrem Wesen am besten entspricht: in den Kuhstall.*

*Denn so ist es: Institutionen sind wie Kühe, sie haben keinen freien*

*Und wo gemolken wird, fallen eben nicht nur Späne.*

*Überhaupt wandert bei Wiederkäuern alles durch verschiedene Mägen hin und retour und nicht alles — bei Leibe nicht alles — Wiedergekäuerte endet auch in der Produktion.*

*Vorsicht, beinahe wären Sie hineingetreten!*

*Nun zu den Tieren selbst.*

*Hier die demokratischen Institutionen der Politik, der Versuch einer austro-italienischen Züchtung, nicht ganz geglückt, aber doch recht passabel.*



*Willen, sie lassen sich melken und fragen nicht, wem die Hand gehört, die da so beharrlich zieht und drückt.*

*Darf ich Sie nun einladen, mir in den Stall zu folgen, wo wiederkäuend angekettet die Institutionen stehen und sanft mahnend die Köpfe uns zuwenden.*

*Es stinkt, wenden Sie ein und haben recht damit. Denn das liegt in der Natur der Sache. Wie jede Kuh täglich ihre 7½ Kilo Heu, so benötigen auch die Institutionen das Ihre, um den Anforderungen, die man an sie stellt, entsprechen zu können.*

*Leicht aufgebläht finden Sie?*

*Schon möglich, wird doch das römische Kraftfutter selten pünktlich angeliefert und muß daher rationiert werden. Kommt dann eine Lieferung, überfressen sich die Tiere leicht, haben überhaupt einen Hang dazu.*

*Die Leistung? Ganz ordentlich, könnte schlechter sein. In anderen Ställen wird diese Gattung oft notgeschlachtet.*

*Dieser fürre Grampen da? Ach, das sind die Gemeinden, die sind chronisch unterfüttert.*

Nun aber darf ich Ihnen unseren ganzen Stolz zeigen: unser vielgelobtes alpinen Brauwiech. Zäh, drahtig und widerspenstig gegen äußere Einflüsse, repräsentiert es ein Optimum an Leistung und Selbstgenügsamkeit, als Ergebnis jahrhundertelanger Zuchtversuche. Hier die Schützen: ursprünglich wehrhaft schnaubend wider die Eindringlinge in unser Vaterland, trieben sie die roten Röcke der Franzosen vor sich her zum Land hinaus. Nun, obwohl domestiziert und vielseitig verwendbar, lebt die alte Abneigung gegen alles Rötliche fort in ihnen zur Erinnerung für alle Zukunft.

Dicht daran: die große Küberkuh mit dem Edelweiß im Maul, deren Euter am Boden schleift, weil darin alle Strömungen zusammenfließen, das ist die Sammelpartei.

Die daneben sei schlachtreif?

Ich bitte sie, heilige Kühe schlachtet man nicht.

Schreiten wir nun ab die endlose Reihe unserer Vereine und Verbände so sehen Sie: alles der gleiche kräftige Schlag, eine gegläckte Mischung aus öffentlichen Subventionen, privaten Beiträgen und stiller Hilfe sorgt für gleichbleibend hohen Fettgehalt des Endprodukts.

Achtung auf den Bauernbund! Ja, die da, zwischen Arbeitnehmern und HGV, ist zur Zeit etwas gereizt und könnte leicht ausschlagen. Und nun möchten Sie wissen, wie die Fortpflanzung funktioniert. Sicher man kennt die künstliche Befruchtung, die Ergebnisse sehen Sie in der demokratischen

Abteilung: Eingriffe der öffentlichen Hand, man kennt das ja...

Unseren heimischen Russen entspricht aber immer noch am besten die alte Methode.

Wer dieser Aufgabe nachkommt?

Folgen Sie mir nur, am anderen Ende, hinten in dieser Ecke, da in der Box!

Da steht sie, unsere Presse!

Die bespringt die Tiere so lange, bis etwas herauskommt, schafft ihnen fortwährend neue Bilder ihrer Existenz und überzeugt so gleichzeitig die öffentliche Meinung von der Fruchtbarkeit ihrer Institutionen.

Die aber, die ihr nicht beide Backen hinhalten, läßt sie unbeachtet oder stampelt sie zum Schlachtvieh. Tertium non datur.

Und man möchten Sie natürlich noch wissen, wer die Milch verwertet und ihre Verarbeitung besorgt, wer die junge Kübergeneration verliedert und zu Filets verarbeitet und wo das Endprodukt schließlich hingelangt.

Sehen Sie, dazu müssen wir Lokal wechseln. Denn zugute kommt ein großer Teil der Bemühungen unserer Institutionen den anderen, den Gastlokalen.

Sie glauben mir nicht?

Der Glaube sei Ihnen unbenommen, Doch warten Sie bis wieder die Fremden kommen.

Da blüht sich die ganze

Infrastruktur, nach harten Devisen, nach diesen nur: „Von etwas müssen wir schließlich leben!“

Eben.

Blabbermouth

die kommenden Gefahren. „Die stereotype Anwendung des Ideologiebegriffes auf jedes Denkgebilde beruht letztlich auf der Vorstellung, daß es keine philosophische und somit überhaupt keine Wahrheit für die Menschheit gebe, daß alles Denken seinsgebunden sei... (diese Schule) ist nicht darauf angelegt die gesellschaftliche Funktion der Philosophie zu erklären, sondern hat vielmehr ihrerseits eine solche: dem in die Zukunft weisenden Denken die Courage abzukaufen, seine praktische Tendenz zu unterbinden. Die wahre gesellschaftliche Funktion der Philosophie liegt in der Kritik des Bestehenden... Die Menschen sollen den Zusammenhang zwischen ihren individuellen Tätigkeiten und dem, was durch diese erreicht wird, einsehen lernen... Der Fachgeist kennt im Geschäftsleben nur den Profit, im militärischen Bereich nur die Macht und selbst in der Wissenschaft nur den Erfolg einer Spezialdisziplin.“

In seinen späteren Schriften erkennt und bekennt es weise, daß er nicht au aliem, was er früher gesagt habe, unverändert festhalte: „Das wäre unvereinbar mit einer Theorie, welche der Wahrheit einen Zeitkern zuspricht, anstatt sie als Unveränderliches der geschichtlichen Bewegung entgegenzusetzen.“

An anderer Stelle sagt er: „Kritisches Denken, das auch vor dem Fortschritt nicht innehält, verlangt heute Parteilnahme für die Residuen von Freiheit, für Tendenzen zur realen Humanität“...

Und wieder an anderer Stelle: „Mein... Glaube an fortschrittliche Aktivität schlägt in Angst vor neuem Unheil, vor der Herrschaft allumfassender Verwaltung um.“ Das Gedankengut Horkheimers ist eine Hilfe, vom toten Punkt wieder wegzukommen ohne in Reaktion zu verfallen.

An Wunden fehlt es unserer Zeit nicht, die müßt Ihr suchen, an Narben herumzukurieren könnt Ihr anderen überlassen, das ist mein Rat.

Wolfgang Raffeiner

(Max Horkheimer, geb. 1895, gestorben 1973, baute seine Philosophie u. a. auf Marx auf, Begründer der „Frankfurter Schule“ und Herausgeber der „Zeitschrift für Sozialforschung“, war einer der bedeutendsten Philosophen dieses Jahrhunderts.)

## Die Größen

„Nebel, nichts als Nebel! So schlecht meinte es das Wetter am Sonntag, 20. Februar, mit den Mitgliedern und Funktionären der Jungen Generation! Aber: wer schon im gesellschaftlichen und politischen Leben den Einsatz nicht scheut, den können noch viel weniger Nebel, Regen oder Schnee davon abhalten, das Ziel zu erreichen.“

(Profil 3)

## Leserbrief

### Am toten Punkt

Mit Interesse habe ich wieder die letzte Nummer des „Skolast“ gelesen, jene mit dem Titelbild vom „Espresso“: „Sichel und Kerze“, darstellend.

Aber nicht dieses Bildchen, sondern der Inhalt des „Skolast“ hat in mir den Eindruck erweckt: „Die sind am toten Punkt“. Darauf hat auch der Satz des Vorsitzenden der SH, Günther Pallaver, hingedeutet: „Die überaus starke Präsenz der Opposition hat die fortschrittlichen Kräfte noch etwas enger zusammenrücken lassen...“. Der tote Punkt, auf den SH und „Skolast“ in letzter Zeit zugesteuert sind, mußte kommen, zu lange hatte man versucht, einer linken Ideologie zu luddigen, deren einstige Prinzipien zu leeren Phrasen heruntergesunken waren.

Was nützt es, vom Endsieg der Proletarier zu träumen, wenn es kein Proletariat mehr gibt und jeder auf alle Fälle beleidigt wäre, wenn er dazugezählt würde.

Wer glaubt noch an die Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiterschaft, wenn jeder Lehrling ein rasantes Motorrad besitzt und noch einiges dazu.

Auch Eure geschichtlichen Bichtigstellungen wie bei Michael Gaismair und anderen hatten nur zur Folge, daß die meisten Leser ihr abschätzendes Urteil über die Vergangenheit bestätigt sahen und mit einem pharisäischen „Herr wir danken dir, daß wir nicht so sind wie unsere Vorläufer“ die vermeintliche soziale Überlegenheit unserer Zeit genossen.

Ihr Studenten, die Ihr Avantgarde sein sollt, habt Euch in alten, morschen Netzen eingefangen, in alten Floskeln eingesponnen und habt nicht bemerkt, wie die Welt weitergeht, wie alte Wunden geheilt wurden und neue aufgebrochen sind.

Max Horkheimer ist einer jener Philosophen unseres Jahrhunderts, die weitergegangen sind. In seinem 1940 erschienenen Traktat: „Die gesellschaftliche Funktion der Philosophie“ sieht er

# Dilettantismus im Deutschunterricht

(2. Teil)

Die in Teil I meines Aufsatzes (Skolast Nr. 2, 1977) aufgezeigte prekäre Lage, in der sich der Deutschunterricht heute befindet, ist keine auf Südtirol beschränkte Erscheinung. Allein Manifestationen und Auswirkungen dieser Krise sind bei uns doppelt spürbar und wegen unserer ethnischen Stellung am Rande des deutschen Sprachgebietes gravierender als im übrigen deutschsprachigen Raum. Die deutsche Sprache, als Gegenstand und Medium des Deutschunterrichts, hat in Südtirol einen Stellenwert, der über jenen anderer Unterrichtsfächer weit hinausreicht. Die Sprachfrage ist für uns Identitätsfrage in einer viel greifbareren und dringlicheren Weise als beim normalen Sprecher dieses Idioms: Wir existieren als Südtiroler nur dadurch, daß wir Deutsch sprechen. Daß die gesetzlichen Sicherungen zur Erhaltung unserer Sprache zwar die Grundlage dafür bilden, aber nicht ausreichend sind, muß uns klar sein. Die Erhaltung selbst liegt bei uns, sie bedeutet Arbeit an der Sprache. Die Forderung ist daher, daß dem Deutschunterricht an allen Schultypen, angefangen beim Kindergarten, verstärkte Aufmerksamkeit und Förderung zuteil werde. Über den Zustand des Südtiroler Deutsch von heute herrscht allenthalben viel Besorgnis. Alarmsignale über Sprachverfall und Verarmung mehren sich. Gerhard Riedmann geht sogar soweit zu behaupten, daß „in vielen Fällen für die Südtiroler Deutsch der Charakter einer Fremdsprache anzunehmen und den der Muttersprache einzubüßen anfängt“. Wenn man sich auch dieser etwas extremen Interpretation nur schwerlich anschließen kann, so ist doch richtig, daß der Rückgang und die Überfremdung des Südtiroler Dialekts gekoppelt mit einem nur ansatzweise erfolgten Erwerb der deutschen Gemeinsprache, einen Zustand großer Sprachunsicherheit und verbaler Beschränktheit erzeugt hat. Was heute in Südtirol als gängige Sprache benutzt wird, ist ein ausgepowertes, von Italianismen überwuchertes Umgangsteutsch.

Wer also, gewissermaßen als Krisenmanager, im Deutschunterricht an Südtirols Schulen tätig werden will, hat auszugehen einerseits von den strukturellen Schwierigkeiten des Faches selbst, andererseits vom Sprachzustand in unserem Land.

Die ersteren möchte ich, fußend auf der Analyse von Teil I meines Aufsatzes, folgendermaßen definieren: Deutsch, seit jeher ein inhaltlich eher offenes Fach, hat sich nach der De-facto-Reform des letzten Jahrzehnts

dahingehend entwickelt, daß es vielfach, auf gewissen Schulstufen fast ausschließlich (Biennium der Oberstufe), mit „critichten“ Inhalten arbeitet. Das heißt: Wie jeder Sprachunterricht besteht auch der des Deutschen primär in einer Vermittlung von Können von Techniken (schreiben, lesen, sprechen, diskutieren, analysieren), weniger von Wissensinhalten. Auch die Grammatik wurde und wird ja hauptsächlich als Mittel zum Zweck, nicht als Gegenstand, der an sich Interesse weckt, gelehrt. Seine Inhalte schöpfte das Fach früher ziemlich ausschließlich aus der Beschäftigung mit der deutschen Literatur. Das Verarbeiten von Daten und Fakten, die das Entstehen von Wortkunstwerken begleiten, war durch Schuljahre hindurch Inhalt des Deutschunterrichts. Die Anreicherung mit verschiedenartigsten fremden Inhalten (siehe Teil I Sachkunde) erfolgte teils spontan durch Lehrer und Schüler, teils auch schon institutionell durch das reformierte Arbeitsbuch. Daß die Lehrer den neuen Inhalten von der fachkundlichen Seite her kaum gewachsen waren, brachte den themenzentrierten Unterricht als Zeitverschwendung und nutzlose Diskutiererei in Verruf. Soviel ist sicher: zu umfassende Unterrichtseinheiten über Themen von aktueller Relevanz (Urbanistik, Droge, Dritte Welt, Rüstung) blockierten den Normalunterricht oft ungebührlich lang, der gewünschte Lernerfolg und das erwartete Engagement von Seiten der Schüler stellten sich nicht immer ein; im Lehrer kamen, weil er sich seiner mangelnden Kompetenz bewußt wurde, vielfach Unsicherheit und Frustration auf. Jedoch scheint es mir unrichtig, das Zurückkommen von Grammatik und Orthographie der themenorientierten Arbeitsweise anzulasten, viel eher ist die äußerst dürftige Grammatikausbildung unserer Deutschlehrer dafür verantwortlich zu machen. Als Therapie für den Deutschunterricht eine Rückkehr in die Praxis der fünfziger und frühen sechziger Jahre mit rein normativem Grammatik- und Orthographieunterricht und Literaturkunde vorordnen, heißt das Kind mit dem Bade ausschütten. Dies ist kein gangbarer Weg. Wir sollten uns hüten, denen recht zu geben, die seit Jahren Kreuzzüge führen gegen alles Neue und jede Reform im Unterricht. Ich sehe eine Besserung der Unterrichtslage und mithin auch unserer sprachlichen und allgemein geistigen Situation vorläufig nur in einer effektiven und nicht bloß intentionellen Qualifizierung. Diese hat anzusetzen bei der Person des Lehrers. Er ist das Sub-

jekt des Unterrichts. Optimierung der komplementären Unterrichtsbedingungen — wie Lernmaterialien (vornehmlich natürlich das Schulbuch), Schulhausbau, Bibliotheken etc. — ist sicherlich bedeutsam; nach wie vor steht und fällt der Unterricht mit dem Lehrer. Unabdingbare Voraussetzung dafür, daß er den umfassenden Anforderungen seines Faches entspreche, ist die Ausbildung, und zwar die primäre Ausbildung nach der Matura. Keine noch so gute Weiterbildung kann diese ersetzen.

Ich hoffe nicht, den Vorwurf der Nestbeschmutzung einzuhandeln, wenn ich ganz nüchtern feststelle, was den meisten von uns Deutschlehrern längst bewußt ist; die Kategorie der Südtiroler Deutschlehrer ist entweder gar nicht oder mangelhaft oder aber falsch ausgebildet. Eine kleine Analyse ihrer Zusammensetzung zur Illustration: An Mittelschulen bzw. auch noch im Biennium der Oberschule lehren Supplenten ohne jegliches Studium, mit aufgegebenem Studium, mit laufendem Studium an irgendeiner meist italienischen Universität, was soviel heißt wie am Schluß von Prüfungssessionen irgendein Literaturrexamen bestehen, Supplenten, die die vom Südtiroler Bildungszentrum organisierten Werkstudentenkurse (verantwortlich: die Universität Innsbruck) frequentieren, Lehrer, die über die Brixner Supplentenkurse zum Doktorat gelangten, schließlich Absolventen von italienischen, österreichischen, deutschen Universitäten. Unter diesen stellen die Germanisten, wie bekannt, natürlich nur ein bestimmtes Kontingent, Historiker, Psychologen, Erziehungswissenschaftler etc., fallweise sogar Juristen, sind in nicht zu unterschätzender Anzahl vertreten. Daß diese Mannigfalt der Ausbildungswege einer einheitlichen Unterrichtsplanung und -gestaltung nicht dienlich sein kann, liegt auf der Hand. Selbst bei jenem Teil der Deutschlehrer, die studienmäßig völlig in Ordnung sind, bei den Germanisten, muß die kritische Sonde ansetzen. Besitzt ein Germanist, dem der laxer Unterrichtsbetrieb die Freiheit gelassen hat, weiteste Gebiete des wissenschaftlichen Erforderlichen ganz einfach zu „spritzen“ (ein Mittelhochdeutsch-Proseminar anstatt Linguistikausbildung, keinerlei Ahnung von textkritischen Verfahrensweisen oder von Aufsatzlehre usw. usw.), jene Vorbereitung, die in einer sprachlichen Krisensituation wie derjenigen, die wir heute in Südtirol vorfinden, erforderlich wäre?

Man sieht: den Sprachverfall allein den Supplenten anlasten, jeder Lehrerkategorie, die zusammen mit der Einheitsmittelschule von 1962/63 aufkam und Synonym geworden ist für fachliche Unzulänglichkeit, ist ungerecht. Worin unterscheidet sich nämlich ein Mittelschulsupplent von einem Volksschullehrer, der nach vierjähriger LBA rasch pragmatisiert wurde, als in der dienstrechtlichen Stellung? Und wei-



ten: glauben, daß die Übel unserer Schule dann beendet sind, wenn an jeder Planstelle ein Doktor sitzt bzw. ein pragmatisierter LBA-Absolvent, ist angesichts der bedrohlichen Lage unserer Muttersprache fahrlässig. Das forcierte Weiterbildungsprogramm und die Planung eines Pädagogischen Instituts zeigen, daß auch unserer Schulbehörde die oben aufgezeigten Problematiken bewußt sind.

An dieser europaweit sicherlich einmaligen Ausbildungsreise ist einerseits das italienische Gesetz schuld — Fächer lehren dürfen, die man nicht studiert hat; Volksschullehrer mit bloßer LBA-Matura —, andererseits unser Minderheitendasein. Als deutsche Enklave im italienischen Staatsverband sind wir gezwungen, unsere Lehrerschicht bzw. nach dem Pakt auch zwei Drittel der übrigen intellektuellen Berufe aus dem eigenen kleinen Volksbestand zu rekrutieren, was bei einer Bevölkerungsstruktur wie der unseren (Bauern, kleine Handwerker, Touristengewerbe mit großem Personalbedarf im Terziärsektor; Bevölkerungsgröße mit Wohnsitz in den Dörfern) immer schwierig ist. Vor der Annexion Südtirols durch Italien wurden Defizite bei den intellektuellen Berufen abgedeckt durch Einwanderung aus anderen Teilen der Donaumonarchie, Faschismus, verzögerte Gewährung der Autonomie nach dem Kriege zeigten die Bekanntheit und oft beschworene Unlust der Südtiroler, sich durch ein Studium für den Staatsdienst zu qualifizieren. Wir neigen dazu, für die Mängel unserer Schule immer wieder und ausschließlich Italien-Rom verantwortlich zu machen; wir rufen nach Reformen und haben uns denjenigen, die in unserer Zeit stattfanden, noch nie gewachsen gezeigt. Die Einheitsschule ist 15 Jahre nach ihrer Einrichtung bei uns noch nicht verkräftet, sie ist und bleibt bis auf weiteres eine „Supplenteinrichtung“. Damit helfen wir dem italienischen Staat sparen, bei den Lehrerpensionen nämlich. Die großen Reformen, die uns demnächst ins Haus stehen, Studienpflicht für Volksschullehrer, Reform der Oberschule, ein weiteres Pflichtschuljahr, werden, soviel ich sehe, weder in Fachkreisen noch in der Öffentlichkeit diskutiert. Die effizienteste Einrichtung zur Heranbildung der benötigten Lehrerschaft, eine universitäre Struktur in Südtirol, haben wir abgelehnt. Das einzige, was zur Zeit mächtig betrieben wird, sind Weiterbildungskurse. Die Verantwortlichen dafür sind sich indes, wie man hört, bewußt, daß der Gewinn, den der Kursbesucher mit in seinen Unterricht bringt, sehr relativ ist.

Einheitliche Konzeptionen für die Weiterbildung fehlen noch, die Lage kompliziert sich durch die Diskrepanz zwischen unserem und dem ausländischen Schulsystem, von welchem die Kursdozenten selbstverständlich ausgehen, sowie durch das zu niedrige Wis-

seniveau unserer Lehrer gegenüber dem von den Dozenten vorausgesetzten.

Ich möchte nun einige meiner Vorstellungen über eine Qualifizierung des Deutschunterrichts thesenhaft formulieren, nicht weil ich die vorwegene Forderung hege, sie seien sämtlich und kurzfristig realisierbar, aber weil ich meine, das Modell einer radikalen Alternative sei, im Sinne der intellektuellen Hygiene, von Zeit zu Zeit zu diskutieren.

1. Man soll nur Fächer unterrichten dürfen, für die man eine postabiturielle Ausbildung erhalten hat. Ich sage bewußt nicht: die man an der Universität (herkömmlichen Typs) studiert hat. Bei den gestiegenen Anforderungen, die der Wissenschaftszuwachs in die einzelnen Disziplinen setzt sowie beim höheren Erwartungshorizont unserer durch Akkulturation (Fernsehen, Zeitung etc.) geprägten Schülerschaft, ist es nicht weiter tragbar, daß man, und sei es „bloß“ an der Mittelschule, Fächer unterrichtet, von denen man keine „Ahnung“ hat. Keineswegs darf diese Ausbildung neben dem aktiven Schuldienst erfolgen; sie muß abgeschlossen sein, wenn der Junglehrer die Unterrichtsarbeit beginnt.

2. Die jetzige Lehrbefähigungsprüfung nach vorangehendem Kursbesuch ist keine solche Ausbildung. Als zwecklos und aufwendige Veranstaltung sollte sie abgeschafft und durch automatische Pragmatisierung nach dem Pflichtprebjahr ersetzt werden; es unterließe so auch der aufreibende Kampf um diese Kurse und die ungebührlich lange Verzögerung der Pragmatisierung. Bekanntlich berechtigt der Besuch der Lehrbefähigungskurse, zusammen mit der daran anschließenden Staatsprüfung, Fächer zu lehren, worin man erst in diesen Kursen eine höchst flüchtige Ausbildung erhält.

3. Weiterbildung ersetzt Grundausbildung nicht. Diese hat eindeutig Priorität. Weiterbildung kann erst sinnvoll organisiert werden, wenn sie von einer bei einer bestimmten Zielgruppe

einigermaßen einheitlich vorhandenen Grundausbildung ausgehen kann. Unsere Weiterbildung ist dadurch vorbelastet, daß das Fundament, die Grundausbildung, vielfach nicht vorhanden ist.

4. Der Ausbildungsgang je Fach und Schulstufe muß vereinheitlicht werden. Die Deutschlehrer der Mittelschule, des Bienniums usw., müssen so ausgebildet sein, daß sie über eine minimal gemeinsame Wissensgrundlage verfügen. Wie oben dargestellt, ist es derzeit nicht so: Man kann bequem zum Doktorat kommen und dazu noch die Lehrbefähigungsprüfung schaffen ohne Linguistikausbildung. Erst nach Erfüllung dieser Voraussetzung ist es sinnvoll, dem heutigen Wissensstand konforme Lehrpläne zu entwickeln und anspruchsvolle Weiterbildungsprogramme zu starten.

5. Die herkömmliche Fachrichtung der Germanistik mit ihrer wissenschaftlichen Spezialisierung einerseits bei gleichzeitiger Aussparung weitester Gebiete des für den künftigen Deutschlehrer Notwendigen andererseits, mit den teils überzogenen, teils zu geringen Anforderungen, die sie an den Studenten stellt, ist nicht der geeignete Ort, Deutschlehrer der Mittelschule und des Bienniums der Oberstufe auszubilden. Beim Tricennium ist sie vertretbar.

6. Deutschlehrer sollen nicht allein durch Deutschlehrer (Germanisten) ausgebildet werden. Das ist so zu verstehen: Nachdem im Deutschunterricht, wie oben angezeigt, mit „entlehnten“ Inhalten gearbeitet wird und auch gearbeitet werden soll, sollte in die Aus- und Weiterbildung die Praxis Eingang finden, daß die Kollegiaten oder Kursteilnehmer zu verschiedenen zeitrelevanten Themen (Urbanistik, Sanitätswesen, Tourismus, Umweltschutz) Unterrichtseinheiten ausarbeiten unter Anleitung und fachlicher Beratung durch Experten des jeweiligen Gebietes. Dies hätte zwar eine gewisse Beschränkung der Themen, die man im Unterricht durchbehandelt, zur Fol-



Lehrer mit Kindern

ge, dafür aber gewänne das themen-zentrierte Arbeiten an Praxisnähe und Kompetenz. Alles, was der Lehrer an zusätzlichen Gegenständen in den Unterricht einbrachte, krankte bisher nämlich daran, daß es angelesen, also Wissen aus zweiter Hand, war.

Grundausbildung der Lehrer, Weiterbildung, unterrichtsanalytische Forschung, Arbeitsmaterialien, Lehrbücher und Kurrikula bilden ein Gefüge von Teilen, die notwendig zueinander in Beziehung stehen müssen, um den Enderfolg beim Schüler erbringen zu können. Keiner dieser Bereiche darf außer acht gelassen werden, für jeden sind institutionelle Strukturen erforderlich. Vorläufig fehlt es in Südtirol ziemlich an allem. Außer dem Einsatz „von einigen freiwilligen Idealisten in Freizeitrunden“ (G. Riedmann) gibt es nur private Einrichtungen (Privates Pädagogisches Institut, SBZ) und das Ausland, das mit einem sehr reichhaltigen Weiterbildungsprogramm aufwartet. Von den ziemlich chaotischen Zuständen bei der Grundausbildung war oben die Rede.

Jedes Gespräch über unsere Schule ist nutzlos, wenn es allein von ihrem jetzigen Aufbau ausgeht und diesen als Basis für Zukunftsplanung benützt. Die kommenden Jahre bringen uns mit Sicherheit die Oberschulreform. Meldungen des italienischen Rundfunks zufolge wird die Gesetzesvorlage im Februar 1978 bereits in der Kammer zur Debatte gestellt. Die Realisierung einiger Reformen im vorigen Jahr (Verlängerung des Schuljahres z. B.) beweist uns, daß Italien im Bildungswesen mit anderen europäischen Ländern gleichziehen will. Wie sehr eine Reform der Oberschule fällig ist, weiß jeder, der im Schulbetrieb arbeitet. Auch wir Südtiroler werden sie begrüßen. Mit gemischten Gefühlen allerdings, bedenkt man, wie gänzlich unvorbereitet wir diesem Neubau unserer Oberschulen entgegengehen. Der DC-Gesetzesentwurf, übrigens der französischen Schulreform nachempfunden, sieht ungefähr folgendermaßen aus: der jetzigen dreijährigen Mittelschule wird ein weiteres Pflichtschuljahr, das in verstärktem Maße beruflich-praktische Orientierung gibt, angegliedert; hierauf folgt die vereinigte Oberschule (4 Jahre), die im ersten Jahr einen allgemeinbildenden für alle Schüler gleichen Aufbaukurs vorsieht, um sich dann in vier spezialisierende Hauptfachrichtungen zu gliedern. Die erste ist sprachwissenschaftlich-literarisch ausgerichtet (area linguistico letteraria). Diesen vier Hauptfachrichtungen sind 12 Nebenfachrichtungen, aus denen der Schüler Kurskombinationen wählen kann, beigefügt. Die Didaktik dieser reformierten Oberschule folgt dem auch in Deutschland gültigen Prinzip des Grund- und Leistungskurses (siehe auch die neueren Schulbücher aus der Bundesrepublik). Diese Schule neuen Typs stellt vor allem Anforderungen an das Lehrpersonal: mehr Lehrer werden benötigt werden

(ein weiteres Pflichtschuljahr) und besser ausgebildete. Ein Abgang älterer, die großen Umstellungen nicht mehr schaffender Lehrer wird zu erwarten sein (z. B. anderswo im Zuge einer ähnlichen Reform erfolgt); können wir von unserem Lehrernachwuchs erwarten, daß er der neuen Schule gerecht werde?

Eine weitere Reform, die unser Ausbildungssystem an den europäischen Stand herauführen soll, betrifft die Volksschule. Der LBA-Absolvent wird sich durch ein pädagogisches Studium auf seinen Beruf vorzubereiten haben. Möglicherweise wartet man dafür aber zuerst die in der Planung bereits ziemlich fortgeschrittene Reform der italienischen Universität ab.

Man kann neugierig sein, ob sich die standhafte Weigerung unserer Landesregierung, für die Lehrerbildung eine universitäre Struktur in Südtirol zu schaffen, was bekanntlich den Wünschen der Bevölkerung entspricht, auch dann noch wird aufrecht erhalten lassen, wenn sich für die künftigen Volksschullehrer keine Alternative anbieten wird, als etwa im Orient zu studieren oder aber Supplementen zu bleiben, ohne Studium — wie gehabt.

Wenn man nicht will, daß das Auseinanderklaffen von Grundausbildung und Schulrealität immer schizophrener Ausmaße annimmt, wird man bei der Reform der Universität auch die Bedürfnisse der reformierten Sekundarschule im Auge behalten müssen. Das Absurde, daß ein künftiger Mittelschullehrer ein Germanistikstudium im Ausland absolviert mit unverhältnismäßigen Investitionen an Arbeitskraft, Zeit und Geld wird sich sicherlich immer seltener ereignen. Schon jetzt zeigt sich bei den letzten Maturantengängern eine deutliche Tendenzwende: Die jungen Leute kalkulieren sehr genau und wagen größere Investitionen nicht mehr, wenn ihnen dafür der lässliche Gewinn einer schlecht bezahlten Mittel-, bestenfalls Oberschullehrerstelle, angeboten wird, mit der Auflage, wie inzwischen allgemein bekannt, sich nach Schuleintritt Lehrstoff und Didaktik durch Selbststudium oder Besuch von Weiterbildungskursen fast gänzlich neu erarbeiten zu müssen.

Die tatsächliche oder angebliche Akademikerschwemme, die wir jetzt auch in Südtirol erleben, läßt hoffen, daß der ganz große Engpaß bei der Lehrerrekutierung demnächst überwunden sein wird; neue Schwierigkeiten werden sich mit Sicherheit nach der Oberschulreform ergeben. Auch die fortschreitende Verweiblichung des Lehrkörpers kann dazu beitragen, da Lehrerinnen weit stärker zur Frühpensionierung neigen als Lehrer.

Mit anderen Worten: Das Prinzip „Innsbruck als Landesuniversität für Südtirol“ wird sich wenigstens hinsichtlich der Pflichtschullehrer-Ausbildung immer schwerer aufrechterhalten lassen.

Ich stelle mir vor, daß die fachlich stark differenzierende Stufung im Aufbau der Sekundarschule, Mittel- und Oberstufe eine ebensolche Differenzierung im Ausbildungsgang der Lehrer notwendig machen wird. Schon rein aus Gründen der Arbeitsökonomie. Während der Pflichtschullehrer ein breiter gestreutes, weniger spezialisierendes Fachwissen, dafür aber eine gute didaktische Ausbildung braucht, muß ein Lehrer, der den Leistungskurs an der reformierten Oberstufe übernimmt, eine fachliche Qualifikation besitzen, die der eines Universitätslehrers nur wenig nachsteht. Bisherartige Stufung gibt es beispielsweise im belgischen Ausbildungssystem: Wer an der Mittelschule unterrichtet, erwirbt den Titel „Regent“; drei Jahre Studium, stark praktisch-pädagogische Ausbildung. Für die Oberschule ist das „Licentiaat“ erforderlich, was etwa unserem Doktorat entspricht, mit wissenschaftlicher Orientierung und Einführung in Didaktik und Pädagogik erst im letzten Studienjahr.

Auch dem Uneingeweihten in Sachen Schule ist das Pädagogische Institut mittlerweile ein Begriff geworden; von den Arbeiten der deutsch-italienischen sowie der getrennt davon operierenden italienischen Kommission war in der Presse mehrfach die Rede. Der Aufgabenkreis dieser Institution wird im Abschlussdokument der deutsch-italienischen Kommission folgendermaßen umrissen: Dokumentation zum Unterrichtswesen sammeln, Forschung über Erziehung und Unterricht, Weiterbildung von Direktoren und Lehrern, technisch-fachliche Beratung, Unterrichtsmedien und -materialien anschaffen und an die Schulen austreten. Das Institut ist für alle Schultypen, einschließliche des Kindergartens und der Berufsschule, zuständig. Es steckt noch in der Planungsphase; wann seine Tätigkeit anlaufen wird, ist nicht abzusehen. Zu großem Optimismus ist nicht Anlaß. Wie es arbeiten wird, mit welchem greifbaren Gewinn für Lehrer und Schüler, bleibt abzuwarten. Es scheint mir gewagt, allzu viele Hoffnungen in diese Struktur zu setzen, dies vor allem, weil, nach der Einsenweisheit meiner These 3, Weiterbildung gegenüber Grundausbildung sekundär ist. Das Pädagogische Institut als eine typische Sekundärstruktur des Ausbildungswesens könnte, meiner Meinung nach, erst ganze Arbeit leisten im Zusammenwirken mit Strukturen für die Grundausbildung, auf die es praktisch (wegen der räumlichen Nähe) und rechtlich (weil im selben Land befindlich) Einfluß nehmen könnte. Zum Exempel: Wenn ein Pädagogisches Institut Unterrichtsrichtlinien und Kurrikula ausarbeitet, so muß es ungefähr abschätzen können, welchen und wie ausgebildeten Lehrern es deren Durchführung anvertrauen kann, anderenfalls es hauptsächlich für die Schul-lade arbeitet. Die einseitige Orientierung auf das Pädagogische Institut,

als eine typische Weiterbildungsschreibung, deren Nutzung durch die Lehrer übrigens auf Freiwilligkeit beruht, scheint mir den zweiten Schritt vor dem ersten tun.

Von der Notwendigkeit der Pflege unserer Sprache als des eigentlichen Wesensmerkmals unserer ethnischen Art war einleitend die Rede. In diesem Sinn müsste Sprachförderung mindestens denselben Rang haben wie Pflege der Kultur, Tradition, Denkmäler etc., die Südtirol als eigenständiges Gebiet kennzeichnen. Wir haben ein Amt für Denkmalpflege und wir haben eines für Raumordnung. Das erste zur Erhaltung und Restaurierung alter Bauwerke, das andere, um die Bauentwicklung von heute in geordnete Bahnen zu lenken. Wir haben aber merkwürdigerweise keine Institution, die unsere Sprache betreut. Man beklagt den Verfall unseres Deutsch, den Rückgang der Mundart, deren Überfremdung (neuerdings durch das Bundesdeutsche), man verfolgt mit Sorge, wie sich in den Städten ein deutsch-italienisches Mischidiotum ausbreitet. Selbst wir Deutschlehrer können uns dieser Entwicklung nicht entziehen, wir gebrauchen laufend Italianismen (strumentalisieren, contestieren, rappresentieren anstatt repräsentieren usw. usw.), werden unsicher in Sprachführung und Syntax, merken es nicht mehr, wenn in Schüleraufsätzen immer undeutlichere Wendungen gebraucht werden. Zum Südtiroler Dialekt haben wir, nachdem er uns am Gymnasium und auch schon vorher gründlich ausgetrieben wurde, ein belastetes Verhältnis. Aber gerade aus der Mundart könnte unsere zunehmende papierene und blutarme werdende Gemeinsprache neues Leben schöpfen. Man sollte sich hüten, diese Entwicklungen einfach sich selbst zu überlassen. Ein mit wissenschaftlichen Methoden und einiger Effizienz arbeitendes Institut für Sprache könnte nicht nur dem Lehrer dienlich sein; Rundfunk, Fernseh- und Pressejournalisten, Verlagslektoren sowie die gesamte Verwaltung mit ihrem laufenden Bedarf an Fachtermini könnten durch eine solche Institution mitbetreut werden.

Ich fasse die ziemlich heterogenen Aspekte, die ich in meinen Ausführungen angesprochen habe, zusammen:

Eine Besserung der Unterrichtslage kann nicht erzielt werden durch Rückkehr zu veralteten Methoden und Inhalten; statt dessen muß eine progressive Qualitätssteigerung des Deutschunterrichts angestrebt werden; sie ist möglich in erster Linie durch bessere Ausbildung der Lehrer; eine universitäre Struktur für die Pflichtschullehrer (Volksschule, Mittelschule) in der eigenen Provinz wäre zu diesem Zweck geeignet. Das Pädagogische Institut kann erst dann eine wirksame Funktion erfüllen, wenn es auf einer solchen aufbaut. Ein Forschungsinstitut zur Betreuung von Gemeinsprache und Mundart in Südtirol sollte geplant und eingerichtet werden.

## Stellungnahme einer Gruppe Südtiroler Studenten in Padua

### Zum „Fall Angerer“

Am 16. Juni 1977 wurde Leonhard Angerer, Student der Politischen Wissenschaften an der Universität Padua und SH-Mitglied, von einem Großaufgebot der Polizei in Brixen verhaftet und ins Gefängnis nach Padua gebracht. Der Hauptanklagepunkt ist: detenzione, porto di armi da guerra e incendio (Besitz und Tragen von Kriegswaffen und Brandstiftung). Der Art. 1 des Gesetzes vom 18. April 1975, Nr. 110 bezeichnet als Kriegswaffen unter anderem die Brandflaschen (Molotow-Cocktails). Der Anlaß der Festnahme war folgender: Am 3. Februar 1977 wurde in Padua die Pizzeria „Pago-Pago“ von Unbekannten durch Molotow-Cocktails in Brand gesteckt, wobei nur Sachschaden entstand. Insgesamt wurden vier Personen der Tat verdächtigt und festgenommen, darunter auch Leo Angerer.

Alle vier waren politisch an ihrer Fakultät und in der Studentenbewegung vom März 1977 aktiv. Zwei der vier Verhafteten wurden wieder freigelassen „weil sie mit der Tat nichts zu tun haben“. Leo und ein anderer Student müssen weiterhin „sitzen“, weil laut Untersuchungsrichter gegen sie genügend Indizien vorliegen. In Wirklichkeit sind diese Indizien äußerst schwach und vage und die Gegenüberstellung mit dem Personal der Pizzeria verlief negativ. Das einzige, was Leo mit einem der Täter gemeinsam haben soll, ist die kleine und magere Statur und eine ähnliche Kleidung. Die Tatsache, daß von der Tat bis zur Verhaftung über vier Monate vergangen sind, zeigt wohl, wie wenig sich auch die Gerichtsbehörde sicher gewesen ist. Dazu kommt noch, daß durch diesen großen Zeitabstand die Erinnerung der Augenzeugen nicht mehr ganz präzise sein können.

Leo selbst beteuert nach wie vor, auch gegenüber einigen der Unterfertigten, seine volle Unschuld.

Trotz der schwachen Position der Anklage konnte er aber bisher nicht in provisorische Freiheit gesetzt werden. Der genannte Hauptanklagepunkt schließt laut Art. 1 des Gesetzbuches vom 22. 5. 1975, Nr. 152 (die berühmte „Legge Reale“), die provisorische Freiheit aus.

Leo ist inzwischen in schwächlichem körperlichem Zustand, der durch eine unanfechtbare Bescheinigung des Gefängnisarztes vom 1. Dezember 1977 bestätigt wird. Das könnte für ihn die provisorische Freilassung bedeuten, weil der letzte Absatz des genannten Artikels der „Legge Reale“ diese möglich macht, wenn ein Häftling in einem Gesundheitszustand ist, der im Gefängnis nicht kuriert werden kann. Bei Leo handelt es sich nämlich um einen Zustand, der direkt auf den Ge-

fängnisautenthalt zurückgeführt werden muß. Sein Verteidiger, Advokat Paolo Berti, hat bereits ein entsprechendes Gesuch eingereicht.

Vorausgesetzt, daß wir persönlich von der Unschuld Leos überzeugt sind, wollen wir diesen Fall auch zum Anlaß nehmen, auf die „Legge Reale“ und ihre „Wirksamkeit“ hinzuweisen.

Dieses Gesetz wurde am 22. Mai 1975 vom Parlament verabschiedet. Dafür stimmten alle im Parlament vertretenen Parteien außer der Abgeordneten der K.P.I., die dagegen stimmten, während sich die unabhängigen Linken der Stimme enthielten. Kurz vor den Wahlen wollte die Staatsmacht ... „assicurare l'opinione pubblica nel senso che nella area montante della criminalità lo „Stato„ avrebbe dovuto dimostrare che non sarebbe rimasto nelle mani nella mano, ma che invece stava proprio sul punto di scatenare in quella direzione tutta la forza di cui legalmente dispone e anche qualcosa di più.“ (1). Dieses Gesetz hat sich inzwischen als rein repressive, unnütze und einseitige Maßnahme erwiesen. In der Tat ist dieses Gesetz Ausdruck einer Sicht, die das Problem der Kriminalität auf ein reines Problem der Polizei reduziert, losgelöst von jeder vorbeugenden sozial-politischen und wirtschaftlichen Strategie zur Eindämmung der Ursachen und losgelöst auch von jeder Reformmaßnahme auf dem Gebiet der Gerichtsbarkeit und des Gefängniswesens.

Auch dort, wo es die Polizeibeamten schätzen wollten, indem es ihnen größere Schießfreiheit gewährte (Art. 14, der dem Art. 53 des StGB weitere Fälle hinzusetzt, in denen der Polizist für den Gebrauch der Schusswaffe nicht bestraft werden konnte), hat dieses Gesetz in erschreckender Weise das Gegenteil erreicht: die Kriminalität hat nicht abgenommen und der bewaffnete Konflikt zwischen Verbrechertum und Polizei hat eine Zuspitzung erfahren, die einerseits de facto zur indirekten Praktizierung der Todesstrafe geführt hat und auf der anderen Seite sehr vielen Polizisten das Leben gekostet hat. Selbst dort, wo Polizisten zur Rechenschaft gezogen wurden, wurden sie, aufgrund dieses Gesetzes, wegen „gerechtfertigten Gebrauchs der Schusswaffe“ auch dann freigesprochen, wenn ihr Verhalten fast einstimmig als ungerechtfertigt betrachtet wurde (z. B. Fall Passamonti — Lorusso, Basile — Boschi). Auch die antifaschistische Ausrichtung dieses Gesetzes (Art. 1, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13) ist nicht zum Tragen gekommen, wie vor allem die letzten faschistischen Gewaltakte zeigen.

Sehr oft wurde dieses Gesetz dazu gebraucht, um linke und demokratische Aktivisten zumindest in Schach zu halten, wie es der Fall Leo Angerer beweist, besonders wenn man ihn im Kontext der Studentenbewegung vom März 1977 sieht.

Mit dieser Stellungnahme wollten wir (wenn auch verspätet) die Südtiroler Studenten und Öffentlichkeit auf den Fall Leo Angerers aufmerksam machen, und zwar mit all den

dazugehörigen juristisch-politischen Implikationen.

Padua, Dezember 1977

Erlacher Karl, Pfeifer Stephan, Staffler Günther, Töber Karl, Garber Klaus, Oswald Kofler, Platzer Brunhilde, Denicolo Guido, Knoll Erich  
Studenten an der Universität Padua und Mitglieder der SH

1) Baldassare Antonio, La giustizia dello sceriffo, in: Democrazia e diritto, Nr. 2, 1976, Jahrgang 16

## Das „Studium irregulare“

### Einige Anmerkungen

Nach dem Auslaufen der Rechtskurse im Rahmen des Südtiroler Bildungszentrums (SBZ) und deren allgemein einschichtigen Nachteilen (Schmalspurstudium) wurde an die Juristische Fakultät der Universität Innsbruck ein Ansuchen von Südtiroler Studenten um eine zweisprachige Ausbildung der Südtiroler Juristen gestellt. Diese Fakultät ging sodann an die Verwirklichung dieses Vorhabens.

Hier einige ausschlußreiche Daten:

22. März 1977

Im Rahmen des Fakultätsgremiums wird die Errichtung einer sogenannten „Südtirol-Kommission“ beschlossen. Sie ist zuständig für Sachverhalte im Zusammenhang des „studium irregulare Jus“ für Südtiroler Studenten.

1. April 1977

Erste Sitzung — Dr. Riz ist als Auskunfts-person zugezogen; er stellt den Nachholbedarf an qualifizierten Akademikern in Südtirol fest und begründet das Ansuchen um ein „studium irregulare Jus“ mit der Notwendigkeit, den Geist des Paketes zu verwirklichen. Diese Studienrichtung soll auf dem Boden der erprobten Zusammenarbeit der Universität Innsbruck und Padua erfolgen. Zudem wird auf dieser Sitzung eine Verschwiegenheitspflicht für die Arbeiten der Kommission beschlossen. Weiters wird beschlossen, unverzüglich eine Informationskampagne zu starten und einen Fächerkatalog zu erarbeiten. Grundsätzlich wird die Absicht geäußert, sich vom Kontingenz der Paduaner Professoren durch Ausbildung von Innsbrucker Dozenten im italienischen Recht an der Uni Padua zu trennen. In diesem Lichte ist ebenfalls der Wunsch Dr. Riz' zu sehen, keinen italienischen Wissenschaftler mit dem Unterricht in staatswissenschaftlichen Fächern (italienisches Verfassungsrecht und ähnliches) zu betrauen.

26. April 1977

Einschlägiger Beschluß des Fakultätsgremiums

13. Juni 1977

Brief Reicherts an die Südtirol-Kommission über das Gespräch mit Landeshauptmann Walhöfer vom 6. Juni 1977.

26. Juni 1977

Brief einiger Südtiroler Jungakademiker an alle, ihrer Meinung nach, zuständigen Stellen für die Errichtung eines „studium irregulare Jus“ in Innsbruck. Betonung ihrerseits des „Schmalspurcharakters“ der juristischen Ausbildung im Rahmen des SBZ.

26. Juli 1977

Zusammenkunft Süd- und Nordtiroler Politiker in Entlarz: Erörterung der rechtlichen Voraussetzungen für das „Studium irregulare Jus“; Betonung der politischen Motive; Lankbarkeit der juristischen Ausbildung an der Uni Innsbruck.

9. September 1977

Mündliche Gespräche Sprung — Zeiger — Brunner; Antrag um die Vereidung der Lehraufträge.

20. September 1977

Beim Juristischen Dekanat liegen die 20 Anträge, die als Bedingung der Durchführbarkeit gelten, vor. Sie werden sich auf nahezu 40 steigern (Stand vom 30. November 1977).

3. Oktober 1977

Sitzung der Südtirol-Kommission: Erörterung der Problematik der personellen Absicherung, vertragliche Absicherung, Vorschlag von Prof. Kleczky, Staatsvertrag zwischen Italien und Republik Österreich, Vorschlag der Kommission, Vertrag zwischen Universität Innsbruck und Padua.

14. Oktober 1977

Vorschlag, das „studium irregulare Jus“ auf dem Modell der Zusammenarbeit mit der Universität Budapest zu gestalten.

15. Oktober 1977

Mündliche Zusicherung des italienischen Unterrichtsministers Malitani, über die Durchführbarkeit des „studium irregulare Jus“.

18. Oktober 1977

Fakultätsgremium — Streit über die Frage, ob das „studium irregulare Jus“ vertraglich abgesichert werden solle oder nicht.

12. November 1977

Brief des SH-Vorstandes.

15. November 1977

Südtirol-Kommission: — Vorschlag von direkten Verhandlungen in Rom „zur Aufhebung des Ausreiseverbotes der italienischen Professoren“ (Nulla osta). Überlegung von Alternativen: Studium irregulare in Bräun (Struktur der Uni Padua; ordentliches Studium an den Universitäten Innsbruck oder Padua).

21. November 1977

Südtirol-Kommission: stellt keine nennenswerten Veränderungen der Lage fest.

22. November 1977

Hörerversammlung: Beschluß, alles Mögliche zur Rettung des Studiums zu unternehmen.

28. November 1977

Um 12 Uhr Ablauf des Citinatus der Juristischen Fakultät der Universität Innsbruck zum Beginn des Studiums gegenüber den zuständigen italienischen Stellen.

29. November 1977

Reise von betroffenen Südtiroler Studenten nach Padua, um die beim dortigen Rektorat eingelangte Nulla osta (Nulla osta) auf unbürokratischem Weg nach Innsbruck zu bringen.

4. Dezember 1977

Hörerversammlung — Zufriedenheit über Beginn der Vorlesungen — Vorwürfe der

Inaktivität und Sabotage an die SH-Führung — Wahl des Studienrichtungsvertreters (Stud. jur. Tom) Ebner, Stellvertreter stud. jur. Hannes Mappacher). Wichtigste Aufgabe: Absicherung des Studiums für die gesamte Dauer.

### Einige Bemerkungen

Zum Inhalt:

- Ein zweisprachiges Studium ist aufgrund der besonderen Lage und gesetzlichen Vorbedingungen notwendig.
- Die Strukturen sind in Südtirol notwendig, da die Universität Innsbruck nicht in der Lage ist, die Südtiroler Situation anders als die eines Missionsgebietes zu sehen.
- Die Hochschulpolitiker der SVP sind sich zwar bewußt, daß es qualifizierten Juristenschwachs braucht, andererseits wollen sie nicht von den angestammten Positionen abtreten.
- Provinzielle Ausbildung zur Garantie der Kontrolle
- politisch kontrollierte Ausbildung (Riz und andere), um das politische Terrain zu behalten und die Volkstumspolitik auch auf den Hochschulbereich noch weiter auszudehnen;
- fachlich kontrollierte Ausbildung, um zu verhindern, daß die erreichte Autonomie weiter ausgebaut und die Rechtswissenschaften in Südtirol Anreize erhalten (die Universitäten Innsbruck und Padua sind auf diesem Gebiet nicht mehr federführend).

Zum Verfahren:

- Es ist eine Eigenheit der Tiroler Politik, Tatsachen zu schaffen und hinterher zu überlegen;
- Es wurden die Regeln des Anstandes und der politischen Aufrichtigkeit mißachtet;
- Ultimatum der Juristischen Fakultät
- Gehörndiplomatie (sic war in anderer Zeit aktuell)
- Mißachtung der betroffenen Verbände und Beauftragung Unbefugter (Renato Bernard und andere)
- Kuhhandel auf dem Rücken der Studenten (sichtlich aus den oben angeführten Daten)
- Fehleinschätzung der italienischen politischen Szene und der in ihr herrschenden Zeitströme

Zum Geist:

- Den Südtiroler Studenten im allgemeinen und den Jus-Studenten im besonderen wäre besser damit gedient:
- wenn die Hochschulpolitik mit ihnen diskutiert würde;
- wenn universitäre Strukturen endlich geschaffen würden;
- die grammatikalisch und inhaltlich falsche Auslegung des Pariser Vertrages eingestellt würde (Magnago: eine Universität in Südtirol ist unvereinbar mit Buchstaben und Geist des Pariser Vertrages);
- die Autonomie auch als Autonomie des Geistes verstanden würde;
- in Ermangelung all dieser Tatsachen zumindest die SVP-eigene Hochschulpolitik mit Anstand, Konsequenz und politischer Verantwortung durchgezogen würde.
- Das beschriebene Verfahren ist symptomatisch für das Interessengeprägte „Wunschdenken“, das anstatt politischem Handwerk betrieben wird.

Der Vorstand der SH

### Gute Fahrt!

„In unserem Programm zur ersten Nummer haben wir angekündigt, daß wir keiner Ideologie verpflichtet sind und daß wir frei und unabhängig sind. Mit diesem Programm sind wir gut gefahren und dabei werden wir auch bleiben.“

(Hans Wielander — Arunda 3)

# Minderheit und Demokratie in der SH

Wer sich vom Vorsitzenden Günther Pallaver im letztlich erschienenen Skostartikel eine eindeutige Linie im Sinne einer SH, die alle Studenten vertritt, und klare Aussagen zur derzeitigen Situation im Ausschuss erhofft hat, muß wohl enttäuscht gewesen sein. Der Kollege Pallaver versuchte nur das Vorgehen des Vorstandes und der derzeitigen SH-Mehrheit zu rechtfertigen und unterstellte der sogenannten Minderheit Konservatismus und Parteiabhängigkeit. Den Beweis dafür ist er schuldig geblieben.

Der Vorsitzende gibt zu, daß die sogenannte Minderheit stark zugenommen hat. (Günther Pallaver wurde mit 13 gegen 12 Stimmen zum Vorsitzenden gewählt, die ungültigen Stimmen von Turin und Mailand abgezählt). Dies muß sich wohl auf die letzten Wahlen in Innsbruck beziehen, bis dahin eine Hochburg der derzeitigen SH-Mehrheit. Warum ist es aber Günther Pallaver bei der damaligen Wahl nicht gelungen, diese Vorwürfe so geltend zu machen, um nicht eine so große Wahlniederlage hinnehmen zu müssen? Läuft der Grossteil der Innsbrucker Studenten denn mit Scheitklappen herum?

Ich stimme dem Kollegen Pallaver zu, wenn er schreibt, daß sich gewerkschaftliche Interessensvertretung und Gesellschaftspolitik nicht einschränken oder ausschließen, sondern bedingen und ergänzen. Ich bin aber der Meinung, daß die Gesellschaftspolitik die gesellschaftliche Interessensvertretung nicht so stark in den Hintergrund drängen dürfte. Das vom Vorsitzenden in Absatz 6 angeführte Beispiel deutet darauf hin, daß er der Meinung ist, es wäre Aufgabe der SH, die derzeitigen Machtverhältnisse in Südtirol zu verändern. Ich glaube sehr wohl, daß es Aufgabe der SH ist, die bestehenden Machtverhältnisse nicht einfach hinzunehmen, sondern zu kritisieren und Mißstände anzuprangern. Ob aber die SH auf eine „Änderung der Machtverhältnisse hinarbeiten“ muß, bleibt für mich die Frage. Das dürfte Aufgabe der politischen Parteien sein. Was aber die besagte Meinung des Vorsitzenden bei den derzeitigen Machtverhältnissen in Südtirol bedeutet, reime sich jeder zusammen, ebenso die politische Linie des Vorstandes.

Schließlich spricht sich der Vorsitzende einerseits dafür aus, das „Versteckspiel“, daß es keine Mehrheit und Opposition in der SH gäbe, aufzugeben, andererseits möchte er aber auch nicht „auf starre Fraktionsbildungen hinarbeiten“. Seine Vorgangsweise im Ausschuss bestätigt das letztgenannte aber in keiner Weise.

1. Zusammensetzung des Vorstandes  
Sicher steht dem gewählten Vorsitzenden laut Statuten zu, den Vorstand nach eigenen Vorstellungen auszuwählen. Jedoch hat der Vorsitzende ebenso laut Statuten dafür zu sorgen, „daß das demokratische Kräftespiel zwischen den einzelnen Meinungen sich frei entfalten kann“ (§ 42). Das bedeutet wohl, daß auch die Meinungen anderer akzeptiert und in die Tätigkeiten der SH eingebaut werden müssen. Dazu wäre aber notwendig, daß die Minderheit ihre Stimme im Vorstand geltend machen könnte.

2. Vertretung im Südtiroler Jugendring  
Als Vertreter der sogenannten Minderheit die Meinung bekundeten, daß einer der beiden Vertreter im Jugendring aus ihren Reihen kommen müßte, wachte man es mit allen Mitteln zu verhindern. Dies geschah, obwohl laut Satzung des Südtiroler Jugendringes jeder Organisation zwei Delegierte zugestanden wurden, damit sich zwei existierende Richtungen innerhalb einer Organisation artikulieren können. Der Vorstand versuchte nicht einmal, zusätzlich zum Vorsitzenden einen Kandidaten vorzuschlagen, mit dem auch die derzeitige Minderheit einverstanden gewesen wäre. Daß solche Vorgangsweisen unweigerlich zu einer Blockbildung führen, liegt auf der Hand. Außerdem weisen sie auf ein äußerst undemokratisches Verhalten der Minderheit gegenüber hin, obwohl diese über eine „überaus starke Präsenz“ im Ausschuss verfügt, wie der Vorsitzende zugibt. Dazu wirft der SH-Vorstand dem Jugendring dauernd in unangelegentlich Weise undemokratisches Verhalten vor. Der SH-Vorstand selber aber braucht Demokratie anscheinend nicht ernst nehmen. Ich frage mich in diesem Zusammenhang, warum der Vorsitzende in seinem Tätigkeitsbericht im Aus-

schuss das Gespräch mit dem Vorsitzenden des Jugendringes nicht erwähnte, wo es um die Beziehung zwischen dem Jugendring und dem Mitgliedsvorstand SH ging.

Die demokratischen Strukturen der SH zu untergraben versuchte der SH-Vorstand, als er bei der Änderung der Statuten bezüglich Wahl des Aufsichtsrates das Stufensystem gegenüber dem Mehrheitsystem abschaffen wollte. Kollege Pallaver zog es schließlich vor, den Antrag zurückzuziehen, als er merkte, daß die nötige Zweidrittelmehrheit nicht da war.

Aufgrund dieser dauernden Zustände und Verhaltensweisen des Vorstandes verwundert es wohl nicht, daß ich und viele meiner Kollegen sich durch den derzeitigen Vorsitzenden nicht mehr vertreten wissen. Dies ist im Ausschuss klar zu Tage getreten. Ich akzeptiere die Mehrheitsbeschlüsse der SH. Was ich aber nicht akzeptiere ist die bewußt gesteuerte Blockbildung und das Ignorieren und die undemokratische Verhaltensweise gegenüber der Minderheit durch den derzeitigen Vorstand.

Ich erwarte vom Vorsitzenden Günther Pallaver eine klare Stellungnahme zu allen aufgeworfenen Problembereichen und ersuche auch andere Kollegen zur Stellungnahme.

Robert Hochgruber  
Ausschussmitglied

## Horoskop

„*Somma summarum: F.d.rutsche in jeder Hinsicht werden wohl ausbleiben, — die Revolution ist verschohen!*“

(Perwanger — Profil 3)

## Fehlinvestition

„*Auch wir haben einen Misthaufen hier, aber unsere Fremden sagen: „Der riecht ja gar nicht!“*“

(Aus einem Aranda-Interview — 2/76)



Hochgruber und die 7 Geißeln

# Ver- (leider noch nicht ge-) ehrte Redaktion

Es sei mir erlaubt, einige kritische Bemerkungen über Entfremdungseffekte anzubringen, die mein Befremden fanden. Es sollte dies nicht Selbstzweck sein; viel mehr möchte ich meiner Hoffnung Ausdruck verleihen, daß meine Ausführungen in Ihrem Medium „Skolast“ einer nicht zu unterschätzenden Verbreitung zugeführt werden.

In diesem Sinne grüßt Sie Ihr Sie verehrender Unterzeichnender

Georg Faltner

Anstatt eines Flugblattes: fast nur ein Vorwort.

Eine abgekürzter soz. Hochpost „SH“ steht vor einer „Forumdiskussion“; ein positiver Eindruck dieser erste wissenschaftlich prägnante Wortwahl. An- (einfacher: Hinter-?) einanderreißung der Begriffe deutet auf den Slogan-erfahrenen Werbefachmann hin (vergleiche: Riesen-Wasch-Kraft). hier wird nicht unzulässig der Existenzrahmen von Meinungsp pluralismus und Multiperspektivismus eingeeengt: Diskussion über (Verzerrung: „zu“ mit Dativ) ein SH-Forum, Diskussion der SH zu einem Forum, Diskussion des Forums zur SH, oder gar eine Diskussion vor dem SH-Forum (Ort: Bozen, Gemeindefsaal; hoffen wir auf gutes Wetter!)

Die Enttäuschung folgt jedoch auf dem Fuße: SH steht für eine abgekürzte Südti Hochschül Bozen (wo wohl das „B“ für Bozen geblieben ist?). Sie läßt ein und sich aus aus dem Kreis der Diskussionsteilnehmer. Geladen wird zur nun eingeschränkten Forumdiskussion zu einem Thema: nehmen Sie bitte an beiden teil, partizipieren Sie! Es besteht doch die Möglichkeit, daß Sie etwas zum Thema oder zumindest über die Diskussion sagen wollten, daß Sie hat man sich mit dem Thema am runden Tisch zusammengesetzt, sich von ihm in eine Auseinandersetzung treiben lassen.

Zur Geschäftsordnung: ventilieren Sie, aber fallen Sie nicht vom Dis- in den In- oder Out-put, polemisieren Sie, aber suchen Sie nie einen Meinungsaustausch, vor allem aber: projizieren Sie sich!

Über „Verdrängung“ soll geredet werden; unwillkürlich denkt der Materialist an den Auftrieb, dem die Koexistenz von Wasser und Schifffahrt ihre Existenz verdankt, an BRT (Bruttoregistertonnen) und ähnliches. Hier soll jedoch die Signifikanz von an den Rand der bewußten Wahrnehmung gedrängten soziologischen Interaktionen aufs Tapet gebracht werden, man hat vor, sagen wir es kurz, desensibilisierende Manipulation zur Sprache zu bringen (wie elegant würden auch

Gewichtsfunktionen oder Vernichtungsoperatoren den Sachverhalt erhellen!)

Da wir als Wissenschaftler nicht der Verunklarung des Wort sprechen wollen, tut eine Spezifizierung des Objekts dieser Manipulation not: soziale Probleme unseres Bereichs, oder: Bereiche von sozialen Problemen, oder zwingender: soziale Bereiche von Problemen (über Zusammensetzungen vergleiche man aus „Duden 3006“ etwa mit: „trockener Wassereimer — Eimer, allgemeiner: Behälter, geeignet zur Konservierung von trockenem Wasser“).

Und dies alles wegen der Inanspruchnahme durch eine Politik des toten Volkstums oder gar eine in den festen Aggregatzustand übergegangene Politik des, hin zum, basierend auf dem, über das Volkstum (-e).

Wer kennt das nicht: wähle von vier möglichen Alternativen zwei wahrscheinliche aus, von denen eine zu verwerfen ist — ein Dilemma unbestimmten Grades.

Sicherlich kann dieser Notlage entgegen, entgegengesteuert werden durch eine allgemeiner gehaltene Stellung der Problematik und entsprechendes Alternieren im Wortgefüge, etwa in diesem Sinne: „Die Auto-Reduzierung des politischen Eigenwertespektrums beim Übergang zur Zeitunabhängigkeit durch Anwendung von Vernichtungsoperatoren auf die sozialen Eigenfunktionen.“

Hier könnte eine fruchtbare Diskussion anschließen, die kaum in den Verdacht geraten würde, sie wolle in ein Gespräch ausarten.

Apropos Diskussion — ein definierendes Nachwort (\*).

„Die Diskussion wird nicht um der Sache willen, sondern um der Diskussion willen abgewickelt. Die Diskussion hält man ab, damit es nicht heißt, man habe sich ihr entzogen... In der Diskussion wird geredet, im Gespräch wird gesprochen... In der Diskussion meint man sich und seinen Standpunkt, im Gespräch hört man den Partner...“

Ein klärendes Nachwort.

Da es in Südtirol weder inoffizielle Politiker noch (viel weniger) offizielle Politiker des Volkstums gibt (an die man sich zwecks Klärung wenden könnte), eine Zusammenarbeit im Raum zwischen den ethnischen Gruppen nur äußerst abstrakten Charakters sein kann, außerdem von einer kulturellen Platzgreifung in Provinz und Isolation abgesehen werden kann, da die finanziellen Mittel zur Behebung der Defizite von Theatern und Orchestern fehlen, möchte ich den frommen Wunsch anmelden, die Finanzgebarung gewisser Vereine möge nicht nur transparente sondern sogar durchsichtige Attribute annehmen.

Ein Postscriptum

Sollten meine Ausführungen in sensiblen Germanistenbüchern Allergien ausgelöst haben, bitte ich im Namen meiner studienbedingten Unkompetenz und meines Hanges zur Prägnanz vielmals um Entschuldigung.

\*) Lit.: H. Weigel „Die Leiden der jungen Wörter“ dtv 1159 S. 30-31.

## Skirennen der SH

Das traditionelle Skirennen der Südtiroler Hochschülerschaft wird am **Samstag, den 18.2.1978** in Form eines Riesenslalom am **Jochgraben** ausgetragen.

Zufahrt: Eggenal/Lavazé oder Auen/Eleinatal.

Treffpunkt: Hotel Schwarzhorn.

Start: 12 Uhr.

Startberechtigt sind: Hochschüler, Oberschüler, Attekademiker.

Kategorien: Damen und Herren.

Es wird auch eine Mannschaftswertung vorgenommen.

Startgebühr: Lire 2000.

Anmeldungen: vom 10. bis 17.2.1978 im Sekretariat der SH (Bozen, Wätherhaus, Tel. 24614).

Am Tag des Rennens von 9 bis 11 Uhr im Hotel Schwarzhorn.

Es gibt Sachpreise und Pokale. Die drei Erstplatzierten jeder Kategorie erhalten Medaillen.

Die Preisverteilung findet um 15 Uhr im Hotel Schwarzhorn statt.

Die SH übernimmt keine Haftung für Unfälle vor, während und nach dem Rennen.

# Promotionen

*AMPLATZ* Luis, Truden  
*BAKIRCHER* Gregor, Oltag  
*BRUGGER* Maria Elisabeth, Bozen  
*BURGER* Hertha, Burgstall  
*CAMPEI* Karl, Bruneck  
*DAPRE* Pius, Pedraces  
*DIETL* Walter, Schlanders  
*DONA* Erich, St. Pauls  
*EXEL* Reinhard, Oberbozen  
*GEBERT* Wolfram, Meran  
*GRIESSER* Klaus, Bozen  
*HERZ* Georg, Meran  
*KAUFMANN* Arnold, Bozen  
*KRÖSS* Josef, Aigund  
*LINTNER* Franz, Eppan  
  
*LUGGER* Waldemar, Aigund  
*MORODER* Wilfried, St. Ulrich  
  
*NICOLETTI* Carlo, Bozen  
*OBBERHOFER* August, Kardaun  
  
*PALLWEBER-PERSELLI* Laura, Bozen  
*PEER* Elisabeth, Brixen  
*PIDER* Othmar, St. Valentin a.d.E.  
*PLATTNER* Anton Josef, Feldthurns  
*PRIET* Hedwig, Naturns  
*PROFANTER* Paul, Brixen  
*PUTZ* Adolf Paul, St. Ulrich  
*PYCHA* Egon, Bozen  
*RAINER* Hermine, Sterzing  
*SCHLUDERBACHER* Ingo, Bozen  
*SEEBER* Siegfried, Rain  
*SERRA* Christine, Meran  
*SPITALER* Karl, Schlanders  
*STECHER* Kurt, Prad  
*THUM* Erna, Mühlbach  
*TOPITSCH* Roland, Bozen  
*TSCHENEY* Egon, Stills  
*v. GOLDEGG* Alexandra, Partschins  
*v. UNTERRICHTER* Rudolf, Sarns  
*VALTINER* Hansjörg, Lana  
*WIEDENHOFER* Ferdinand, St. Nikolaus/E.

Doktor der Sprachwissenschaften — Padua.  
Doktor der Philosophie (Naturwissenschaftliche Fakultät) — Innsbruck.  
Doktor der Philosophie (Pädagogik) — Innsbruck.  
Doktor der Medizin — Wien.  
Doktor der Philosophie — Padua.  
Magister der Theologie — Innsbruck.  
Diplom-Ingenieur (Architektur) — Innsbruck.  
Doktor der Medizin — Innsbruck.  
Doktor der Philosophie (Naturwissenschaftliche Fakultät) — Innsbruck.  
Magister der Naturwissenschaften — Innsbruck.  
Doktor der Architektur — Venedig.  
Laurea in scienze della produzione animale — Bologna.  
Doktor der Medizin — Innsbruck.  
Doktor der Geschichte — Padua.  
Doktor der Philosophie — Salzburg.  
Dissertationsthema: „Erzieherverhalten und Konzentrationsschwäche“.  
Doktor der Geschichte — Padua.  
Doktor der Architektur — Florenz. Dissertationsthema: „Urbanistische Studie des Ortskerns von St. Ulrich und Sanierungsverschlagn für die Zone Janesc.“  
Magister der Theologie — Innsbruck.  
Doktor der Theologie — Salzburg. Dissertationsthema: „Die Eucharistische Frömmigkeit in der Diözese Bozen-Brixen.“  
Doktor der Philosophie (Anglistik/Romanistik) — Wien.  
Doktor der Naturwissenschaften (Pharmazie) — München.  
Doktor der Literaturwissenschaften — Padua.  
Doktor der Medizin — Innsbruck.  
Diplom-Sportlehrer — Verona.  
Diplom-Ingenieur (Forstwirtschaft) — Wien.  
Doktor der Medizin — Innsbruck.  
Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften — Innsbruck.  
Doktor der Philosophie (Naturwissenschaftliche Fakultät) — Innsbruck.  
Doktor der Architektur — Venedig.  
Doktor der Philosophie (Geschichte) — Innsbruck.  
Doktor der Medizin — Innsbruck.  
Diplom-Ingenieur (Architektur) — Innsbruck.  
Diplom-Ingenieur (Architektur) — Innsbruck.  
Doktor der Soziologie — Trient.  
Magister der Theologie — Innsbruck.  
Diplom-Ingenieur — Innsbruck.  
Doktor der Modernen Sprachen — Florenz.  
Diplom-Ingenieur (Landwirtschaft) — Wien.  
Doktor der Medizin — Innsbruck.  
Doktor der Pädagogik — Padua.

Wir ersuchen unsere werten Mitglieder, Akademiker und Abonnenten aufs höflichste, den SH-Mitgliedsbeitrag bzw. das SKOLAST-Abonnement für 1978 bei Gelegenheit einzuzahlen.  
Sie unterstützen damit die im Dienst der Südtiroler Studenten geleistete Arbeit der SH und ermöglichen die weitere Herausgabe unserer Zeitschrift.  
Der Vorstand der SH

AGB/CGIL - Allgemeiner Gewerkschaftsbund - Südtirol

Josef Perkmann

## Arbeitskämpfe in Südtirol



Sonderdruck als Beilage zur „Die Arbeiterstimme“

Herausgeber: AGB/CGIL

Erhältlich bei AGB/CGIL (Bozen, Trieststraße 78) und in beschränkter Anzahl bei SH (Bozen, Waltherhaus)

---

# skolast

**Südtiroler Hochschülerzeitschrift**

---

Herausgeber und Verwaltung:  
Südtiroler Hochschülerschaft,  
39100 Bozen, Waltherhaus, Tel. 2 46 14

---

Redaktion: KLAUS MENAPACE/GUIDO DENICOLÒ  
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: WALTER FILL

---

Druck: Ferrari-Auer, Bozen

---

Skolast, 4—6 Hefte im Jahr      Einzelpreis Lire 700  
Abonnement: Italien Lire 3000  
                  Österreich 6S 70  
                  Deutschland DM 10

---

Italien: Postsparkasse Konto Nr. 14/1177, Bozen

---

Die Artikel geben die Meinung der Autoren wieder.  
Eintragung: Landesgericht Bozen R. St. I/56, Erlaß vom 18. Juni 1956  
Spedizione in abbonamento postale - Gruppo IV, 70%.

---